

kenapostolats stellen zu wollen. Denn sicher will die Gebetsmeinung nicht Trost und Kraft zum Leiden nur auf diejenigen beschränken, die schon für Christus leiden, und die anderen, die um den Sinn ihres Leidens noch nicht wissen, von dem Trost der Seligpreisung ausschließen. Vielmehr will sie ihnen den Weg öffnen, daß ihre Leiden zu wirklichen Opfern werden, die der Erlösung dienen, weil sie mit Christus gelitten werden. Nicht wunderbare Befreiung von Leiden sollen sie zuerst in Lourdes suchen, sondern deren Verwandlung in Werke des Heils. Als Katholiken können sie das durch engen Anschluß an die heilige Eucharistie, die täglich im Herzen des Marienheiligtums gefeiert wird. Aber der Segen von Lourdes greift weit über die Teilnehmer am eucharistischen Opfer hinaus. Es gibt einen großen Zeugen dafür, den jüdischen Dichter Franz Werfel. Er hat in gnadenvoller Klarheit das Leiden der hl. Bernadette dargestellt. So lebt es als ein überzeugendes Glaubenszeugnis weiter für die ansteckende Macht des Glaubens einer Heiligen, die den Glauben der jungfräulichen Gottesmutter, der Pforte des Heils, treulich widerspiegelt. Werfel hat auch gesehen, daß man nicht heilsam für Christus leiden kann, weil man es sich mit der Kraft des Willens vornimmt, sondern das Heil solchen Leidens ist, wie der Apostel Paulus sagt, ein Geschenk der Gnade, eine Frucht kindlichen Glaubens. Um diesen Glauben aber kann und soll man beten.

3. Damit ist der Sinn der Gebetsmeinung des Papstes wohl angezeigt: Maria möge den für Christus Leidenden Trost und Kraft spenden. Sie möge die Leidenden in ihren gnadenvollen Glauben, den Glauben der Immaculata, hineinnehmen. Das ist ein größeres Wunder als leibliche Heilung. Auf das Wunder der Bekehrung weist auch die Enzyklika Pius' XII. zur Hundertjahrfeier der Erscheinung der Unbefleckten Jungfrau in Lourdes (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 573 f.). Doch warum Maria, warum nicht den Heiligen Geist anrufen? So fragen besonders die getrennten Christen. An dieser Frage wird offenbar, was sie von der Kirche trennt. Das ist nicht Maria oder die marianische Frömmigkeit der Katholiken, es ist ihr Unverständnis für die große Gabe des Heiligen Geistes, der Christus die Eine Kirche erweckt hat und sie unablässig sammelt und leitet. Der Heilige Geist hat aus den Gläubigen mit Maria, der Mutter des heilsamen und erlösenden Glaubens, und um ihre Mitte eine wirkliche Familiengemeinschaft geschaffen, eine Gemeinschaft des Glaubens und der Fürbitte. Hier ist es nicht nur erlaubt, es ist ganz selbstverständlich, daß die Schwachen im Glauben sich an den Beistand der Starken wenden, dessen sicher, von ihnen angenommen zu werden (Lesung vom 2. Advent); und die Armen an Gnade erbitten und empfangen den Reichtum der Gnadenvollen. Deshalb hören wir nicht auf, den Heiligen Geist anzurufen, für den Maria kein Ersatz ist. Indem wir uns aber an die Fürsprache der makellosen Gottesmutter wenden, öffnet sich das stolze, nach Gottunmittelbarkeit verlangende Herz dem mütterlichen Herzen der Braut des Heiligen Geistes: sie ist ein Medium seiner Gaben und die Mutter dessen, in dem allein das Heil liegt. Bei ihr empfangen wir am gewissensten Trost und Kraft zu heilsamen Leiden, sie richtet unser Herz mehr als irgend jemand auf den Einen Mittler, Christus. An diesem geistlichen Ort erfahren wir auch, wieweit unsere Leiden eine Frucht der Sünde sind, und finden die Heilung der Seele, vielleicht sogar des Leibes, wenn es Gott gefällt.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Pius XII. an das deutsche Volk Im Rahmen des Staatsbesuches, den der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Professor Theodor Heuss, am 27. November 1957 Papst Pius XII. machte — es war dies der erste offizielle Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes im Vatikan nach dem Empfang Kaiser Wilhelms II. im Jahre 1903 durch Leo XIII. —, sprach der Heilige Vater im Anschluß an seine halbstündige Unterredung mit dem deutschen Staatsoberhaupt, in der Prof. Heuss im Namen des deutschen Volkes dem Papst für die gewährte Hilfe in den Nachkriegsjahren dankte, zur deutschen Delegation. Er sagte:

Wir entbieten Ihnen unseren Gruß, geehrte Herren, Herrn Außenminister von Brentano, Herrn Botschafter Graf Strachwitz, wie den anderen Herren, die Sie dem Herrn Bundespräsidenten das Geleit zu Uns gegeben haben. Ihr Besuch, hochgeehrter Herr Bundespräsident, bietet Uns eine willkommene Gelegenheit, um Ihnen selbst und in Ihrer Person dem deutschen Volke Unseren Glückwunsch auszusprechen.

Der verlorene Krieg hatte die Zusammenbrüche, die seine Folge waren, geradezu gehäuft. Er hatte einen wirtschaftlichen Trümmerhaufen hinterlassen. Zu den vielfältigen wirtschaftlichen Katastrophen gesellte sich eine fast noch beängstigendere politische, nach innen und nach außen. Das westliche Deutschland mußte zudem in kürzester Zeit Millionen von Ostvertriebenen Lebensraum schaffen und sie eingliedern. Schließlich hatte Ihr Volk von einem Tag auf den anderen eine rücksichtslose drosselnde Geldentwertung hinzunehmen. Deutschland hat jene, wie es damals schien, hoffnungslose Lage gemeistert — der Ausdruck ist hier am Platz. Es sind Ihrem Volk in der Stunde der Not Meister der Politik und Wirtschaft geschenkt worden, deren Namen es immer mit hohen Ehren nennen wird. Das Volk hat der Führung entsprochen. Es ist Uns gesagt worden, wenn Deutschland seine wirtschaftliche Katastrophe so schnell überwunden habe, verdanke es dies an erster Stelle dem unbändigen Fleiß und Wagemut seiner Unternehmer und, so dürfen Wir sicher beifügen, in nicht geringerem Maß der Einsicht, dem harten Willen und der Fähigkeit seiner Arbeiterschaft. Ihr Volk hat auch gleich von den ersten Nachkriegsjahren an unter gefährlichen Umständen und in den entscheidenden Stunden in bemerkenswertem Maß gesunden politischen Sinn bewiesen. Wir dürfen aber wiederholen, worauf Wir schon einmal hinwiesen: möge Geduld und Wartenkönnen immer ein stark bestimmendes Element seiner politischen Reife sein.

Wir kennen die Sorge des deutschen Volkes um die Zone. Es tut jedoch wohl daran, die Bekundung, die es dieser Sorge verleiht, immer am Allgemeinwohl auszurichten, und so zu bemessen, daß sie die Staatsführung nicht erschwert, sondern erleichtert.

Das alte Deutschland ist bis tief ins 19. Jahrhundert hinein Bindeglied durch Mitteleuropa gewesen. Wir kennen, nicht nur durch Unseren langjährigen Aufenthalt in München und Berlin, Deutschlands Verhältnisse und seine Lage in Europa zu gut, als daß Wir Uns nicht darüber freuen, daß das neue Deutschland unmittelbar nach seiner

verhängnisvollsten Periode eines übersteigerten Nationalismus unter neuen Verhältnissen und in anderer Form an einer Einigung Europas, die stärker werden soll als sie je zuvor war, in vorderster Linie und mit Erfolg teilnimmt. Unsere Freude ist besonders groß darüber, daß nunmehr aus echtem und ehrlichem Wollen verantwortlicher Staatsmänner auf beiden Seiten, der Hoffnung und dem Wunsche der überwiegenden Mehrheit der Völker entsprechend, das Kernstück und Rückgrat eines geeinten Europas geschaffen worden ist, die Annäherung, das gute Verhältnis und der beiderseitige Wille zur Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich, ein Ergebnis, auf das Jahrhunderte warten mußten und das Wir nur Gottes Schutz empfehlen können.

Die äußere und innere Überwindung der Kriegsfolgen, das Emporsteigen eines neuen Deutschlands und die Grundlegung des geeinten Europas, dies alles hat sich vollzogen unter Ihrer persönlichen Mitwirkung, hochgeehrter Herr Bundespräsident, schon in den Jahren, bevor Sie das deutsche Volk durch seine Vertreter zum Staatsoberhaupt erkor, wie in den Jahren Ihrer Präsidentschaft. Sie haben Elemente, die den Rechtsstaat als solchen kennzeichnen und stärken, zum Grundgesetz beigesteuert und in Ihrem hohen Amt deren Verwirklichung immer im Auge behalten. Sie haben den relativen Primat der sozialen Gesetzgebung und Sicherung betont, und Sie waren ein Förderer alles dessen, was dem europäischen Zusammenschlusse dienen konnte. Wir wissen auch, daß Ihr hohes Amt und die vielen Beziehungen, die es Ihnen zur Verfügung stellte, Ihrem Denken und Wollen in jenen Richtungen Nachdruck und Wirksamkeit verliehen haben. Deutschland und ganz Europa haben noch schwere Fragen und Aufgaben zu lösen. Wenn es dabei gilt, die wahre Freiheit zu sichern und die Kultur zu retten, denen Europa seine Größe verdankt, so geht es nicht nur und nicht in erster Linie um materielle Werte, sondern vor allem um jene geistig-sittlichen Kräfte, die einer Kultur überhaupt innewohnen müssen, wenn sie den Anspruch erheben will, die Würde des Menschen und seine Freiheit, wohlgerne zum Guten, zu gewährleisten und zu fördern. Auch die Mächte, von denen Europa seine Kultur und Freiheit bedroht sieht, haben eine Weltanschauung, einen geistigen Unterbau. Und nur auf jene, die dieser anderen Weltanschauung ein entschiedenes Nein entgegensetzen und aus diesem Nein die Folgerungen für ihr eigenes Denken und Handeln ziehen, wird Verlaß sein im Ringen um die Freiheit des noch freien und um die Befreiung des der Freiheit beraubten Europas. Wir sprechen dies aus, weil Wir um Deutschland und Europa bangen würden, sollten sie sich ganz im Materiellen verlieren, und weil Wir glauben, dessen sicher sein zu können, daß Unser Wort in Ihren Überzeugungen, hochgeehrter Herr Bundespräsident, Widerhall findet.

In diesem Zusammenhang möchten Wir auf ein für die guten Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Deutschland glückliches Ereignis des laufenden Jahres hinweisen. 1933 ist, und zwar auf Ersuchen der damaligen deutschen Regierung, von Unserem Vorgänger mit dem Deutschen Reich ein Konkordat abgeschlossen worden. Der Heilige Stuhl hat Gewicht darauf gelegt, sich genau an dessen Bestimmungen zu halten, auch seit Kriegsende, in der klaren Einsicht, daß, wenn überhaupt ein Vertrag, das Konkordat zur Kategorie jener nicht innerdeutschen Verträge zu rechnen sei, deren Fortbestand 1945 aus-

drücklich bestätigt wurde. Es hat Uns angenehm berührt, daß Sie, hochgeehrter Herr Bundespräsident, und die Bundesregierung schon vor Jahren derselben Überzeugung Ihre Stimme liehen. Nunmehr hat der in Bundesdeutschland für Verfassungsfragen zuständige oberste Gerichtshof gleichfalls in bejahendem Sinne entschieden, so daß zu Unserer Befriedigung zwischen dem Heiligen Stuhl und Ihrem Land wieder volle Rechtssicherheit geschaffen ist. Konkordate sind Rechtsinstrumente; allein unter der Rücksicht des wahren Besten von Volk und Staat gesehen, wollen sie den Raum bereitstellen, in dem die katholische Kirche oder die Katholiken des betreffenden Landes ihre Weltanschauung frei und ruhig zur Entfaltung und Wirkung bringen können.

Wir denken, daß der Hinweis auf die Geschichte und Gegenwart Uns berechtigt, zu sagen, die katholische Weltanschauung, verstanden als Überzeugung und Tat, hat starke Werte beizutragen, wo es sich um die Erhaltung des geistig-seelischen Unterbaus echter und bester europäischer Kultur handelt, eines Unterbaus, ohne den der Kampf um die Freiheit mit einem Gegner wie jener ganz anderen Macht gewordenen Weltanschauung von vornherein verloren wäre. Dem deutschen Volk erhoffen Wir daher, daß es seine wirtschaftliche Blüte immer überstrahlen lasse von seiner religiös-sittlichen Kraft. In dieser Hoffnung senden Wir ihm durch Sie, hochgeehrter Herr Bundespräsident, innigsten Gruß und rufen Gottes Huld und Gnade in reichster Fülle auf es herab.

Fünfte Internationale Festwoche des religiösen Films

Vom 8. bis 14. November 1957 fand in Wien zum fünften Male die Internationale Festwoche des religiösen Films statt, die seit 1949 alle zwei Jahre von der Katholischen Filmkommission (Leiter: Prälat Dr. Karl Rudolf) gemeinsam mit der Evangelischen Filmgilde veranstaltet wird. Zweck der Filmwoche ist es, die bedeutendsten religiösen Filme, die in letzter Zeit in den verschiedenen Ländern geschaffen worden sind, einem breiteren Publikum vorzuführen sowie Probleme des religiösen Films und des Films überhaupt in Vorträgen zu erörtern.

In einem Wiener Großkino (Apollo, Wien VI) fanden täglich drei Vorstellungen bei sehr gutem Besuch bzw. häufig ausverkauftem Haus statt. Folgende Filme wurden gezeigt: „Aufstand“ (Celui qui doit mourir) nach dem Roman „Der wiedergekreuzigte Christus“ von Niko Kazantzakis, Frankreich; „Barrabas“, nach dem gleichnamigen Roman von Pär Lagerkvist, Schweden; „Alle Sehnsucht dieser Welt“ (Full of Life), USA; „Der bronzene Christus“, Japan; „Albert Schweitzer“, USA; „Lourdes und seine Wunder“ (Dokumentarfilm), Frankreich.

Im Rahmen dieses Berichtes ausreichende Inhaltsangaben und Beurteilungen sämtlicher vorgeführter Filme zu bringen, ist nicht möglich. Es waren jedenfalls — vielleicht mit Ausnahme des Lourdes-Filmes, der aber mit den großen Spielfilmen nicht gut verglichen werden kann — Filme mit starker Wirkung. Die stärksten Filme waren „Aufstand, in welchem ein in gesicherter bürgerlicher Ordnung verhärtetes Christentum, verkörpert im Popen eines griechischen Dorfes, dem Elend griechischer Flüchtlinge und den dadurch gestellten christlichen Aufgaben gegenübergestellt wird, und der japanische Film „Der bronzene Christus“, in dem mit Verwendung historischer Tatsachen eine Begebenheit der japanischen Christen-

verfolgung um 1600 dargestellt wird. Da anzunehmen ist, daß zumindest der Großteil der Schauspieler Nichtchristen sind, erscheint es erstaunlich, in welchem Maße sich diese Menschen in das spezifisch Christliche des Themas einfühlen konnten und daß in einem Volk mit sehr kleiner christlicher Minderheit ein solcher Film, der doch schwerlich auf Breitenwirkung rechnen kann, gewagt wurde. Vom Film „Alle Sehnsucht dieser Welt“ sei hervorgehoben, daß hier in einem guten Lustspiel auf geschickte Weise religiöse Fragen eingestreut sind: Man lacht und spürt zugleich den Ernst, der hinter den Aussagen steht. Eine hervorragende Möglichkeit, einem breiteren Publikum, das kaum einen betont religiösen Film besuchen würde, wesentliche Dinge zu sagen. „Albert Schweitzer“ ist die erste Film-Autobiographie, die es gibt. Albert Schweitzer erzählt sein Leben — der Text ist von ihm selbst verfaßt und gesprochen —, die Leinwand zeigt ihn in seiner Tätigkeit in Lambarene und in seiner elsässischen Heimat. — Außer den Hauptfilmen wurden jeweils ein oder zwei Kulturfilme mit religiösem Bezug vorgeführt, darunter als Uraufführung ein Mariazell-Film, „Die heimliche Hauptstadt“, ein Werk der „Stephanus-Produktion“ (d. i. die Katholische Filmgilde Österreichs).

Einige Gedanken von den Vorträgen: Chefredakteur Dr. Ludwig Geseke zeigte, daß sich der Film in den 60 Jahren seines Bestehens ständig gewandelt hat, sowohl nach den technischen Möglichkeiten wie in Anpassung an die sozialen Begebenheiten seiner Hersteller- und Besucherschichten. Der Film ist auch heute im Umbruch. Neue und verheißungsvolle Möglichkeiten zeichnen sich ab, etwa die in Westeuropa schon stärkere Filmklub-Bewegung, wo das Publikum und besonders die Jugend aktiv wird und ganz bestimmte Filme verlangt, oder die in Amerika aufgegriffene Möglichkeit, einen bestimmten Film ins Haus auf den Fernsehschirm zu bekommen. Neben Farbigkeit und Breitwand bietet auch die Befreiung vom Diktat des 90-Minuten-Films große Möglichkeiten. Überall sind die überkommenen Formen in Bewegung, und andere Formen bahnen sich an. Der Film steht am Anfang einer neuen sozialen Anpassung, die wir vorläufig noch nicht überschauen können.

Charles Ford, Paris, sprach über die Beziehungen von Kirche und Film, besonders über die Gründung des OCIC (des Internationalen Katholischen Filmbüros) und die beiden päpstlichen Filmzyklen *Vigilanti cura* (1936) und *Miranda prorsus* (1957; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 72 ff.). Zum Thema des religiösen Films erklärte er, daß es nicht auf die Produktion einer möglichst großen Zahl spezifisch religiöser Filme ankomme, da diese schließlich ermüden würden. Vielmehr müßten in den sogenannten neutralen Filmen religiöse Hinweise und Beispiele christlicher Lebensführung enthalten sein. Denn die größte Gefahr ist, daß der Eindruck entsteht, die Menschen im Film handelten so, als ob es keinen Gott gäbe.

Dr. Roman Herle, Chefredakteur der österreichischen „Furche“ („Das Vaterunser des Films“), teilte zunächst einige Tatsachen zur Geschichte des religiösen Filmes mit, u. a., daß bereits 1897, zwei Jahre nach der Erfindung der Brüder Lumière, drei Passionsfilme gedreht worden sind und daß immer wieder religiöse Themen aufgegriffen worden seien. Er wies auf das Übergewicht Frankreichs, dem mit Abstand Amerika folgt, und auf das Versagen Deutschlands und Österreichs hin. Für Deutschland glaubt er, daß die Ursachen für das Versagen ein gewisser

Hang, mit sich selber zu reden, und die daraus hervorgehende mangelnde Fähigkeit für echte Gemeinschaft und *Communicatio* ist, sowie die Absorption der Interessen durch die Politik. Hinsichtlich Österreichs nannte er als Ursache eine gewisse noch immer vorhandene Barockatmosphäre in der Religiosität (Filmtitel z. B. „Der Engel mit der Posaune“, „Gottes Engel sind überall“) — sehr im Gegensatz zur französischen Religiosität — und eine unleugbare Satttheit des heutigen Lebensgefühls des Österreicherers.

Zugleich mit der Filmfestwoche fand die Zehnjahrfeier der Katholischen Filmkommission Österreichs statt. Bischof László, Eisenstadt, der Referent für Filmfragen in der österreichischen Bischofskonferenz, bedonte die dringende Anteilnahme der Kirche am Film, der charakteristisch für die heutige Massengesellschaft ist, und die Notwendigkeit sittlicher Maßstäbe. Filmarbeit sei wesentlich Seelsorge. Der evangelische Landesbischof von Österreich, Gerhard May, überbrachte die Grüße der evangelischen Kirche Österreichs. Er hob die gute Zusammenarbeit von Evangelischer Filmgilde und Katholischer Filmkommission hervor und die sehr weitgehende Übereinstimmung ihrer Filmgutachten. Direktor Kochs als der offizielle Vertreter des OCIC und der Katholischen Filmkommission Deutschlands, deren Leiter er ist, berichtete über die Tätigkeit des OCIC, das vor allem Informationen über die neuen Filme den einzelnen Ländern vermittelt. Als Vertreter des Unterrichtsministers sprach sodann Sektionsrat Dr. Warnhanek über die Bestrebungen des Unterrichtsministeriums, die für den guten Film wirkenden Kräfte zu koordinieren und so vom Publikum her die Filmproduktion zu beeinflussen.

Am selben Tag (Sonntag, 10. 11.) wurde in der Stephanskirche ein Festgottesdienst gehalten, bei dem Erzbischof König seinerseits das eminente Interesse der Kirche am Film zum Ausdruck brachte, da der Film gleichsam eine moderne Kanzel sei durch die große Eindringlichkeit seines Wortes, die fast zahllose Zuhörerschaft und seine Antworten auf wesentlich weltanschauliche Fragen. Er betonte die Verbindlichkeit der Katholischen Filmkommission, die im Auftrag der österreichischen Bischöfe arbeitet, und die Wichtigkeit der Diskussion über gesehene Filme im Familienkreis, die das Urteil klären können und zur Bildung der öffentlichen Meinung beitragen sollen.

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

Über die Rolle der Privatschulen in Europa Papst Pius XII. empfing am 10. November die Teilnehmer des Ersten Internationalen Kongresses der europäischen Privatschulen, der Anfang November in Rom tagte. Dieser Kongreß ist hervorgegangen aus der Erfahrung, die eine Gruppe italienischer Schüler von Privatschulen (und das heißt: von katholischen Schulen) in Wien gemacht hat, wo sie im entsprechenden österreichischen Milieu herzlichste Aufnahme fand, da die gleichen menschlichen, geistigen und religiösen Interessen sie verbinden. Direktoren, Dozenten und Lehrer zogen daraus die Folgerung, daß die privaten, d. h. häufig: die katholischen Schulen in den verschiedenen europäischen Ländern die gleichen Interessen kultureller, wirtschaftlicher und auch politischer Art zu vertreten haben und daß diese Interessen durch eine Organisation am besten genutzt werden

könnten. Der Heilige Vater, der an den Fragen christlicher Erziehung lebhaftesten Anteil nimmt, sagte zu ihnen, nach einleitenden Worten:

„Man kann ohne Bedenken behaupten: Das Statut, das ein Land der Privatschule einräumt — Wir benutzen diesen Ausdruck in dem Sinne, in dem Sie selber ihn verwenden, nämlich für die Schule, die nicht vom Staat geleitet wird —, spiegelt ziemlich genau das geistige und kulturelle Niveau dieses Landes wider. Ein Staat, der ausschließlich sich selber die Aufgabe der Erziehung vorbehält und unabhängigen einzelnen oder Gruppen verbietet, auf diesem Gebiet irgendwelche eigene Verantwortung zu übernehmen, erhebt einen Anspruch, der mit den grundlegenden Forderungen der menschlichen Person unvereinbar ist. Daher wird die Idee der Schulfreiheit von allen politischen Regierungsformen anerkannt, die die Rechte des Einzelnen und der Familie bejahen. In der Praxis allerdings sind alle Grade von Freiheit möglich. Manchmal verhält sich der Staat mehr oder weniger gleichgültig gegenüber der Privatinitiative, unterstützt sie nicht finanziell und behält sich selber das Recht vor, sämtliche akademischen Titel zu verleihen; manchmal wiederum erkennt er unter gewissen Bedingungen den Wert des privaten Unterrichtswesens an und billigt ihm Unterstützung zu; doch wichtiger noch als die materielle Stütze oder die rechtliche Anerkennung der Diplome ist die prinzipielle Einstellung der Regierungen gegenüber dem privaten Schulwesen. Oft bleibt die theoretisch bewilligte Freiheit tatsächlich begrenzt und sogar bekämpft; sie ist nur gerade geduldet, wenn der Staat sich auf dem Gebiet des Unterrichts als Träger eines regelrechten Monopols betrachtet.

Nun zeigt aber eine ernstliche Analyse der historischen und philosophischen Grundlagen der Erziehung, daß die Schule ihren Auftrag nicht allein vom Staat erhält, sondern in erster Linie von der Familie und danach von der sozialen Gemeinschaft, der sie gehört. Die Ausbildung der menschlichen Persönlichkeit ist vor allem Sache der Familie, und da die Schule in weitgehendem Maße das gleiche Ziel erstrebt, setzt sie nur deren Wirksamkeit fort und empfängt von ihr die zu diesem Zweck notwendige Autorität. Der Primat des Familienmilieus in der Erziehung zeigt sich übrigens auch in der häufigen Unfähigkeit des Schulmilieus, allein schweren familiären Mängeln entgegenzuwirken. Andererseits hängt die Schule in dem Maße, als sie Wissen, eine Gesamtheit von auf die äußere Wirksamkeit des einzelnen hingebundenen Kenntnissen, die vor allem auch dem Beruf dienen, vermittelt, auch von der Gemeinschaft, den Überlieferungen und Bedürfnissen, von dem kulturellen Niveau der Gemeinschaft und der Ausrichtung ihrer Tendenzen ab. Die Forderungen der Gemeinschaften werden im Bereich der Schule durch Einzelne, organisierte Gruppen, kulturelle und religiöse Institutionen interpretiert, die sich eben das Ziel setzen, die Jugend auf ihre künftigen Aufgaben vorzubereiten. Der Staat, die politische Macht als solche, sollte nur eingreifen, um eine ergänzende Rolle zu spielen und der Tätigkeit der einzelnen die nötige Breite und Intensität zu sichern. Man darf also keineswegs die Privatschule als völlig der politischen Macht unterstellt ansehen, sondern muß ihr eine echte Unabhängigkeit im Bereich ihrer eigenen Funktionen und das Recht zuerkennen, sich an den Familiengrundsätzen zu inspirieren, die das Wachstum und die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit leiten, ohne dabei

die vom sozialen Milieu gestellten Forderungen zu vernachlässigen.

Der Verwaltungsapparat der modernen Staaten ist tatsächlich maßlos angeschwollen, indem er immer weitere Gebiete des öffentlichen Lebens und insbesondere das der Schule in sich aufsaugt. Sosehr dieser Eingriff auch berechtigt bleibt, wenn die Tätigkeit der einzelnen versagt und die Bedürfnisse der Gesamtheit nicht befriedigen kann, so schädlich wird er, wenn er mit Absicht die zuständige Privatinitiative ersetzt. Sie haben also recht, die Vorrangstellung der Privatschule vor derjenigen, deren Leitung von den öffentlichen Mächten abhängt, und die hervorragenden Dienste, die sie überall dort geleistet hat, wo man ihr eine hinreichende Handlungsfreiheit gelassen hat, zu betonen.

Die Privatschule im Dienste übernationaler Zusammenarbeit

Sie haben sich auf diesem Kongreß vorgenommen, ein europäisches Zentrum zur Verteidigung der spirituellen Güter der Privatschule zu gründen: dieses Ziel benötigt heute eine ständige Aufmerksamkeit und ein energisches Eingreifen von seiten all derer, die an ihre unersetzliche Funktion glauben. Bei den meisten modernen Nationen muß sie unglücklicherweise noch schwer darum ringen, ihre wohlverwahrten Rechte zu bewahren und ihr Bestehen in wirtschaftlicher Hinsicht zu sichern. Aber da sie nicht den Abhängigkeiten unterworfen ist, die auf allen staatlichen Einrichtungen lasten, besitzt sie eine größere Leichtigkeit, sich den neuen Bedingungen des internationalen Lebens anzupassen. Daher haben Sie ein Recht, darauf zu hoffen, daß die Verständigung zwischen den privaten Schulen die Bildung der jungen Generationen erleichtern wird, die begierig sind, sich aus der Enge eines oft übertriebenen und durch die Tatsachen überholten Nationalismus zu befreien und den wachsenden Verantwortlichkeiten zu begegnen, die sie in einem Europa mit umfassenderen Strukturen auf sich nehmen müssen. In den Diskussionen, in denen die für die Privatschulen Verantwortlichen ihre Ansichten austauschen, ist es normal, daß die Probleme der Organisation und der Methoden einen breiten Raum einnehmen, wenn sie völlig auf der Höhe der heutigen Fortschritte der Pädagogik bleiben wollen; aber es ist wichtig, daß vor allem der Geist der Privatschulen geachtet wird, ihre Auffassung vom Menschen und von der Erziehung, das selbstlose Ideal derer, die sich ihr widmen; manchmal haben die Leiter von Privatschulen in einem falsch verstandenen Wettstreit in ihren Methoden und bei der Zusammenstellung ihres Programms das Beispiel eines Unterrichtssystems befolgt, das von anderen Sorgen bestimmt worden ist und sich weniger darum bemüht, die wahren Werte der Person zu bewahren. Es wird Ihnen, Wir zweifeln daran nicht, am Herzen liegen, diese Klippe zu vermeiden, die Ihnen gefährlicher werden kann als die Angriffe von außen.

Diejenigen, die morgen die erste Rolle im öffentlichen Leben spielen, werden, davon sind Wir überzeugt, aus den Schulen hervorgehen, die vor allem das Ideal der Freiheit und der persönlichen Initiative ehren und nicht zögern, in den Mittelpunkt ihres Unterrichts feste moralische und religiöse Grundsätze zu stellen, zumal die des christlichen Glaubens, der durch die Jahrhunderte hin nicht aufgehört hat, die Seele der Völker des Abendlandes zu formen. Die europäische Gesellschaft, die sich gegenwärtig bildet,

wird ihr inneres Gleichgewicht nicht finden und ihren Platz inmitten der anderen Weltmächte nicht halten können, wenn sie nicht eine Elite besitzt, die von den besten menschlichen und christlichen Überlieferungen durchdrungen und vor allem vom Vorrang des Geistigen auch über die durchdachtsten Formen technischer Organisation überzeugt ist. Es ist Ihre Aufgabe, meine Herren, an der Ausbildung und der Ausbreitung dieser Elite zu arbeiten und so den Völkern des Abendlands die lebendigen Kräfte zu vermitteln, die ihnen helfen werden, ein gemeinsames Schicksal in Frieden und brüderlicher Zusammenarbeit zu verwirklichen.“

Die Allgemeinen Gebetsmeinungen für das Jahr 1958

Januar: Daß alle die Einheit der Christen nur in der katholischen, von Christus gestifteten Kirche suchen;

Februar: Daß Maria von ihrem Heiligtum in Lourdes aus allen, die für Christus leiden, Trost und Kraft spende;

März: Für die allgemeinen und besonderen Anliegen des Heiligen Vaters;

April: Daß durch eine vertiefte eucharistische Erziehung die Zahl der Priesterberufe vermehrt werde;

Mai: Für die Seelsorge in den Großstädten;

Juni: Daß die Menschen in den Erschütterungen unserer Tage auf die Liebe des Herzens Jesu ihre Hoffnung setzen;

Juli: Daß die Gläubigen sich nicht von den falschen Anschauungen der Welt über die standesgemäße Keuschheit anstecken lassen;

August: Daß alle die Verkehrtheit und Gefährlichkeit des atheistischen Materialismus durchschauen und verabscheuen;

September: Daß Name und Gesetz Gottes in den Parlamenten der Völker wieder genannt und geachtet werden;

Oktober: Für das Seelenheil derer, die im Gastgewerbe tätig sind;

November: Um eine religiös vertiefte apostolische Formung der Laien;

Dezember: Daß die katholische Filmarbeit die nötige Unterstützung finde.

Das kanonische Recht für die katholischen Kirchen der nichtlateinischen Riten

Seit ungefähr 40 Jahren wird in Rom an einer Kodifizierung des kanonischen Rechts für jene Gruppen orientalischer Christen gearbeitet, die in Einheit mit dem römischen Stuhl leben.

Das Kirchenrecht dieser östlichen Kirchen zu ordnen, stellte eine schwierige Aufgabe dar, da sich hier ein riesiges Material im Laufe der Jahrhunderte angesammelt hatte. Spätere Bräuche und Vorschriften haben dabei häufig die ursprünglichen Verhältnisse überwuchert. Zudem sollte ein gemeinsames Kirchenrecht für eine Anzahl verschiedener Kirchen geschaffen werden. Der Codex Iuris Canonici für den christlichen Osten, wie er jetzt in Rom hergestellt wird, erhält Gültigkeit für die mit Rom vereinten Kirchen des byzantinischen, westsyrischen (chaldäischen), ostsyrischen, maronitischen, koptischen, äthiopischen und armenischen Ritus. Um hier zu einer Einheit oder Zusammenfassung kommen zu können, hat man zunächst einmal die kanonischen Quellen jeder einzelnen Gruppe veröffentlichen, sie miteinander vergleichen und dann einen für alle brauchbaren Text gewinnen müssen.

Pius XI. setzte 1935 eine eigene Kommission für diese gewaltige Arbeit ein, die „Päpstliche Kommission für die Kodifizierung des kanonischen Rechts für die Ostkirche“. Ein erster Teil des endgültigen Textes, derjenige, der sich mit dem Eherecht befaßt, wurde im Februar 1949 veröffentlicht (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 348). Im Januar 1950 folgte das Prozeßrecht, im Februar 1952 ein Faszikel, das sich mit dem Ordensstand und den kirchlichen Gütern befaßt. Jetzt ist in den Acta Apostolici Sedis, dem Amtsblatt des Heiligen Stuhls, mit Motuproprio vom 2. Juni 1957, ein besonders wichtiger weiterer Teil des orientalischen Kirchenrechts veröffentlicht worden, nämlich der über die eigentliche Organisation der Ostkirchen (AAS Jhg. XXXIX, Nr. 9, 15. 8. 57). Er umfaßt fünf Kapitel. Im ersten werden die orientalischen Riten definiert; das zweite handelt von den physischen und moralischen Personen, das dritte von der Geistlichkeit im allgemeinen, das vierte von der Geistlichkeit im besondern, das fünfte endlich von den Laienorganisationen.

Das neue Kirchenrecht, das dieses Faszikel enthält, bringt, wie R. Janin AA in einer Übersicht in „La Croix“ (30. 8. 57) sagt, sehr einschneidende Änderungen für den gegenwärtigen Zustand der katholischen Christenheiten des Ostens. „Es bricht mit der jüngsten Vergangenheit, in der die Intervention von Laien in der Kirchenregierung häufig war, da es sich um Nationalkirchen handelte und die religiösen Häupter oft gleichzeitig auch die zivilen Autoritäten waren. Dergestalt war fast fünfhundert Jahre lang die Gesetzgebung im ottomanischen Reich und noch länger in den arabischen Ländern. Da die Idee der Nationalkirche gefallen ist, war es dringend nötig, der kirchlichen Hierarchie ihre volle Freiheit zu geben, damit sie wirken kann, ohne irgendwie beschränkt zu sein.“

Überblick über den Inhalt des Faszikels

Das erste Kapitel umfaßt 15 Canones. Sehr wichtig sind schon die ersten drei. Sie besagen: Can. I, § 1. Die orientalischen Riten, deren ehrwürdiges Alter ein herrlicher Schmuck der Kirche ist und die göttliche Einheit des katholischen Glaubens bestätigt, müssen sorgsam bewahrt werden. § 2. Die Patriarchen, Erzbischöfe und anderen Mitglieder der Hierarchie sollen für die treue Bewahrung und sorgfältige Pflege ihres Ritus mit größtem Eifer sorgen und keinerlei Veränderungen im Ritus erlauben und dulden. § 3. Alle Kleriker und Ordensleute sollen sich dessen deutlichst bewußt sein, daß es nie erlaubt ist, Priester oder Gläubige der verschiedenen Riten dazu zu bewegen oder zu überreden, ihren eigenen Ritus zu vernachlässigen oder herabzusetzen. — Can. 2, § 1. Jeder Kleriker muß imstande sein, seinen eigenen Ritus bei der Feier der heiligen Liturgie sorgfältig auszuführen, ebenso bei der Spendung der Sakramente und anderen heiligen Handlungen, auch wenn er Gläubige eines anderen Ritus unter seiner Iurisdiktion hat. § 2. Wo mehrere Riten bestehen, seien die Gläubigen ermahnt, die Kirchen ihres eigenen Ritus zu besuchen, zumal an Sonn- und Feiertagen, und nicht zu versäumen, dort den heiligen Handlungen beizuwohnen. — Can. 3. Der Klerus möge immer dafür sorgen, daß die geistige Einheit zwischen den verschiedenen Riten durch das Band des Friedens erhalten bleibe. Can. 8 besagt, daß man den Ritus nicht ohne Einwilligung des Heiligen Stuhls wechseln kann. Nach can. 11 können

die ostkirchlichen Dissidenten, die katholisch werden, wählen, welchem Ritus sie beitreten wollen, es wird ihnen aber empfohlen, bei dem ihren zu bleiben (bekanntlich haben fast alle katholischen Ostkirchen Entsprechungen in der orthodoxen oder einer häretischen Kirche, ausgenommen die Maroniten). Wenn bisher Ungläubige katholisch werden, haben sie volle Freiheit in der Wahl des Ritus (can. 12).

Wir folgen im weiteren vorwiegend dem Überblick P. Janins: Im dritten Kapitel wird u. a. die Frage der Verheiratung der Priester behandelt, die ja in den Ostkirchen üblich ist. Für den Klerus der mit Rom vereinten Kirchen wird in dem neuen Kirchenrecht der Zölibat empfohlen, jedoch nicht auferlegt (can. 68). Das Subdiakonat und die höheren Weihen bilden ein Eehindernis, das eine Eheschließung ungültig macht (can. 70). Darin stimmt das neue kanonische Recht für die katholische Ostkirche mit der Orthodoxen Kirche überein, in der zwar die Priesterehe allgemein üblich ist, die Ehe aber ebenfalls vor dem Empfang der Subdiakonatsweihe geschlossen werden muß. Ein gewisses Umdenken fordert der Passus von can. 68, der sagt, daß „der Zölibat des Klerus, insofern er würdiger ist und seinem Stand und der Ausübung des göttlichen Dienstes mehr entspricht, bei allen hoch in Ehren gehalten werden soll, in Übereinstimmung mit der einstimmigen Überlieferung der Ostkirche wie der abendländischen Kirche“. Daß „kein Priester zur Bischofswürde erhoben werden kann, wenn er nicht unverheiratet oder rechtmäßig vom Band der Ehe gelöst worden ist“, ist auch in den nichtkatholischen Ostkirchen Gesetz. — Die Kleriker sind vom Subdiakonat an zum Heiligen Offizium verpflichtet (can. 76). Die Übertragung kirchlicher Ämter ist Sache der legitimen kirchlichen Autorität; ihr kann, je nach der Tradition, Vorschlag, Wahl oder Antrag vorausgehen (can. 89). Jeder Eingriff von Laien in die Freiheit einer Wahl zieht deren Ungültigkeit nach sich (can. 108).

Das vierte Kapitel über die Kleriker im besonderen umfaßt 367 Canones, d. h. mehr als ein Drittel des gesamten Textes; es ist auch das wichtigste des Dokuments. Es zerfällt in zwei Teile: Der erste handelt von der obersten Gewalt und denjenigen, die nach kanonischem Recht an ihr teilhaben (can. 162—391); der zweite Teil behandelt die bischöfliche Gewalt und diejenigen, die an ihr teilhaben (can. 392—529). In die erste Kategorie gehören der Papst, das Ökumenische Konzil, die Kardinäle, die römische Kurie, die päpstlichen Legaten, die Patriarchen, die Erzbischöfe, die Metropoliten, die Apostolischen Administratoren und die Exarchen, in die zweite die Bischöfe und der mit dem Pfarrdienst betraute Klerus.

Der Papst genießt als Erbe des Primats des hl. Petrus, dessen Nachfolger er ist, volle Jurisdiktionsvollmacht über die gesamte Kirche; diese Vollmacht ist bischöflich, ordentlich und unmittelbar für alle kirchlichen Gemeinschaften, alle Hirten und alle Gläubigen (can. 162). Die Patriarchen, die Bischöfe und der gesamte Klerus müssen seiner in der Liturgie gedenken (can. 166).

Die Canones, die über das Allgemeine Konzil (can. 167 bis 174), die Kardinäle (can. 175—187), die römische Kurie (can. 188—210) und die Legaten (can. 211—215) handeln, entsprechen völlig denen des kanonischen Rechts für die lateinische Kirche. Mit can. 216 beginnt die Behandlung der orientalischen Hierarchie, über die wir im folgenden etwas ausführlicher berichten wollen.

Die kanonische Stellung der orientalischen Hierarchie

Gemäß einer sehr alten Tradition haben die Patriarchen volle Jurisdiktion über den Klerus und die Gläubigen ihres Ritus in einem bestimmten Gebiet; sie üben diese ebenso über diejenigen Gläubigen aus, die außerhalb ihres Patriarchats leben (can. 216). Die Berufung an den Heiligen Stuhl ist jedoch für den Fall eines Streits vorgesehen (can. 259). Der Patriarch wird vom Synod gewählt, dem die Orts- und die Titularbischöfe angehören, auch dann, wenn sie noch nicht geweiht sind. Laien haben keinerlei Recht, an den Wahlen teilzunehmen noch einen Kandidaten zu empfehlen, und alle diesbezüglichen Gewohnheiten oder Privilegien werden abgeschafft (can. 221, 224). Zur Gültigkeit der Wahl sind zwei Drittel der Stimmen nötig (can. 230). Der Erwählte muß den Titel eines Doktors oder Lizentiaten der Theologie oder des kanonischen Rechts haben, sittlich hochstehen und mindestens 40 Jahre alt und seit 10 Jahren zum Priester geweiht sein (can. 231). Wenn der Gewählte bereits Bischof ist, schreitet der Synod zur Proklamation und Inthronisation. Andernfalls berichtet er dem Heiligen Stuhl, der eine Neuwahl befehlen kann (can. 235). Der neue Patriarch schickt alle auf seine Wahl bezüglichen Dokumente sowie sein Glaubensbekenntnis, das er aus diesem Anlaß vor dem Synod abgelegt hat, nach Rom. Der Synod verfährt seinerseits ebenso (can. 236). — Es folgt dann die Aufzählung der Rechte und Pflichten des Patriarchen, die beide sehr umfangreich sind, sowie die seiner Privilegien (can. 240 bis 285). Zu den Privilegien gehört das Recht, den weißen Schleier über der Kopfbedeckung zu tragen (wie die orthodoxen Patriarchen), was bisher bei den orientalischen Katholiken unbekannt war. Im Jahr nach seiner Wahl muß der Patriarch einen Besuch ad limina machen, und alle fünf Jahre hat er dem Heiligen Stuhl einen detaillierten Bericht über sein Patriarchat einzureichen (can. 273, 275).

Dem Patriarchen zur Seite steht die Patriarchatskurie, deren Zusammensetzung im Detail festgelegt wird (can. 286—305). Sie umfaßt insbesondere den ständigen Synod, der aus vier auf fünf Jahre ernannten Bischöfen (zwei residierenden und zwei Titularbischöfen) besteht. Der Synod tritt dreimal im Jahr oder öfter zusammen, um über die allgemeinen Angelegenheiten des Patriarchats zu beraten (can. 288—295).

An der obersten Macht haben ebenfalls die Erzbischöfe und Metropoliten teil. Metropolit heißt das Haupt einer Kirchenprovinz im Gebiet eines Patriarchats, Erzbischof das Haupt einer Provinz außerhalb desselben (can. 315, 325). Sie werden durch den Synod gewählt oder direkt vom Papst ernannt (can. 325). Ihre Rechte und Pflichten werden bestimmt. Wo es Brauch ist, darf der Erzbischof wie der Patriarch den weißen Schleier über der Kopfbedeckung tragen (can. 334).

Die Patriarchatssynoden, erzbischöflichen und Metropolitansynoden treten zusammen, wenn es erforderlich ist, zum mindesten aber alle 20 Jahre. Der Papst schickt zu den Patriarchatssynoden einen Legaten (can. 340—344). Es können auch interrituelle Synoden stattfinden (can. 351), um die Fragen zu regeln, die den Kirchen verschiedener Riten im gleichen Gebiet gemeinsam sind. Bei Vakanz eines Sitzes kann der Heilige Stuhl aus berechtigten Gründen einen Apostolischen Administrator entweder auf Zeit oder auf Dauer ernennen. Die Canones 352—361 bestimmen die Rolle dieses Prälaten. Die orientalischen Kir-

chen können Exarchen haben, die den Prälaten nullius in der lateinischen Kirche entsprechen (can. 362—391). Einige von ihnen sind apostolisch, d. h. vom Heiligen Stuhl ernannt, andere werden vom Patriarchen oder einem Erzbischof ernannt. Während die ersteren zum Besuch ad limina und zum fünfjährigen Rechenschaftsbericht gegenüber dem Heiligen Stuhl verpflichtet sind, müssen die letzteren alle fünf Jahre dem Patriarchen oder dem Erzbischof über ihre Amtsführung Rechenschaft ablegen.

Bischöfe und Pfarrklerus

An der bischöflichen Gewalt haben die Bischöfe und der Pfarrklerus teil (can. 392—526). Die Bischöfe werden vom Heiligen Stuhl ernannt oder vom Synod ohne Intervention der Laien gewählt und vom Heiligen Stuhl bestätigt (can. 392). Sie müssen mindestens 30 Jahre alt sein und ein Doktordiplom oder Lizentiat in Theologie oder Kanonischem Recht besitzen (can. 294). Sie müssen alle fünf Jahre einen Rechenschaftsbericht über ihre Diözese beim Heiligen Stuhl und einen zweiten beim Patriarchen, wenn sie von einem solchen abhängen, einreichen (can. 405). Lateinische Bischöfe, in deren Diözesen es orientalische Gemeinden gibt, die keine eigene Hierarchie besitzen, müssen den Heiligen Stuhl in ihrem Fünfjahresbericht über diese informieren (can. 406). Jede Diözese muß ihre bischöfliche Kurie haben, und der Diözesansynod muß mindestens alle zehn Jahre zusammentreten.

Das fünfte und letzte Kapitel des Dokuments behandelt die Laien (can. 527—558). Sie werden zur Teilnahme an der Katholischen Aktion aufgefordert. Ebenfalls werden hier noch die frommen Vereinigungen mit ihren Regeln behandelt.

Diese Gesetzgebung wird mit dem 25. März 1958, am Fest Mariä Verkündigung, einem der Hochfeste der Ostkirche, in Kraft treten; alle bisherigen Bestimmungen und Gebräuche sind damit abgeschafft.

Zur Gebetswoche für die Wiedervereinigung aller Christen im Glauben

In diesem Jahr jährt es sich zum 50. Mal, daß der anglikanische — später zur katholischen Kirche konvertierte — Priester Reverend Paul Wattson den Gedanken faßte, die Christen

aller Konfessionen zu einer Woche gemeinsamen Gebets für die Wiedervereinigung im Glauben aufzurufen. Die Grundlage dieser ersehnten Überwindung der Glaubensspaltungen kann nur eines sein: die intensive Einigung aller Getauften mit Christus durch Gebet und Buße. Dieser Gedanke ist sehr bald von Katholiken aufgegriffen worden, zumal durch den französischen Priester Charles Couturier, der dem Gedanken des Wirkens und Betens für die Wiedervereinigung sein ganzes Leben widmete und von vielen, die ihn kannten, wie ein Heiliger verehrt wird. Im Jahr 1916 approbierte Papst Benedikt XV. die Einrichtung der Gebetswoche für die Wiedervereinigung im Glauben vom 18. bis 25. Januar jedes Jahres in der katholischen Kirche, in der sie seither mit ständig wachsender Anteilnahme der einzelnen und der Völker gefeiert wird. Wir haben dieses gemeinsame Gebet für die Wiedervereinigung aller Christen im Glauben jedes Jahr in unserm Januarheft unsern Lesern auf die eine oder andere Weise ins Gedächtnis zu rufen gesucht, da die deutschen Katholiken ebenso wie die protestantischen Kirchen in Deutschland noch viel zuwenig von dieser großen Ge-

legenheit, in gemeinsamem Anliegen zu beten, Gebrauch machen, jedenfalls viel weniger als etwa die Christen in Frankreich und zumal in Paris, wo Katholiken und Orthodoxe (sowie auch die kleine Gruppe von Reformierten) diese Woche in all ihren Kirchen begehen. Der gegenwärtig am eifrigsten für dieses Anliegen tätige Priester in Frankreich ist P. Michalon vom Großen Seminar in Francheville (Rhône); dort werden auch Broschüren, Plaketten, Bilder, Flugblätter und dergleichen zur Förderung dieses Anliegens herausgegeben (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 165).

Gebetsmeinungen

In Frankreich beginnen auch die Gebetsmeinungen, die für jeden Tag dieser Gebetswoche empfohlen werden, bereits allgemein bekannt zu werden. Sie lauten: 1. daß alle den Schmerz über die Spaltung fühlen mögen; 2. um die Heiligung der Katholiken; 3. um die Heiligung der Orthodoxen; 4. um die Heiligung der Anglikaner; 5. um die Heiligung der Protestanten; 6. für die Missionskirchen; 7. um die Einigung aller Menschen in der Liebe und Wahrheit Christi. Diese Gebetsmeinungen stehen alle unter der gemeinsamen Gesamtmeinung: daß sich die Einigung aller Christen verwirklichen möge, so wie Christus sie will, und durch die Mittel, die Christus will. Diese Formel ist so abgefaßt, daß alle Kirchen und Konfessionen sie sich zu eigen machen können, ohne in ihren Gefühlen verletzt zu werden. Es ist das Verdienst P. Couturiers, sie unter vielen Mühen erarbeitet zu haben, wofür er auch von Rom anerkannt worden ist.

Der gegenwärtige Leiter der Bewegung für das Gebet um die Wiedervereinigung im Glauben in Frankreich, P. Michalon, hat in seinem diesjährigen Werbeblatt geschrieben: „Solange die Spaltungen nicht schwer auf unserm Herzen lasten, solange sie in uns keinen Schmerz wecken, der an dem Schmerz Christi angesichts der Sünde teilhat, machen wir aus der Wiedervereinigung nur ein Problem, vielleicht ein Problem, das interessanter ist als andere. Wir haben noch nicht den ersten Schritt in das Geheimnis des Gebets um die Einheit getan.“

„Für die Einheit der Christen wirklich arbeiten und beten können wir nur, wenn die Zerrissenheit uns Schmerz bereitet. Die erste Gnade, um die wir bitten müssen, ist die um das tiefinnere Verständnis des Elends unserer Gespaltenheit.“

„Es handelt sich darum, daß alle Christen eine religiöse Vertiefung suchen, die sie erleuchten und zur Haltung demütiger Fügsamkeit gegenüber dem Wirken Gottes bringen kann. Ein erstes Zeichen der Einheit bricht hier schon hervor, nämlich dieses: in diesem grundlegenden Punkt das gemeinsame Flehen um Huldigung der einen und der andern, der einen für die andern, der einen durch die andern. Jede christliche ‚Kommunion‘, selbstverständlich gemäß ihrer liturgischen Form, bittet den Herrn um die Heiligkeit seiner Glieder und aller getauften Brüder und offenbart so allmählich, daß der Sieg des Geistes der Liebe und der Heiligkeit zugleich der Sieg der Einheit ist.“

„Darum berührt das Gebet um die Einheit, wenn es sich auf die Heiligung jedes einzelnen Christen richtet, das Herz des Geheimnisses. Wenn die Getauften dem Antrieb der Gnade bis in seine letzte Konsequenzen nachgeben, werden sie sich mit Notwendigkeit eines Tages in der Fülle der Liebe und Wahrheit finden.“

Eine Denkschrift über den spanischen Katholizismus Für einen Kongreß für das Laienapostolat, der Ende November 1957 im Escorial stattfinden sollte und der dann (vermutlich wegen des Weltkongresses in Rom) abgesagt wurde, hat eine private Arbeitsgemeinschaft von sieben spanischen Priestern, zwei Rechtsanwälten, einem Universitätsprofessor und zwei Arbeitern eine ausführliche Denkschrift über den spanischen Katholizismus abgefaßt, die auch ins Ausland gelangte und von „Esprit“ (September 1957) in einer eingehenden, 15seitigen französischen Übersetzung veröffentlicht wurde, nachdem vorher die New Yorker „Ibérica“ (Juli 1957) auszugsweise das Original abgedruckt hatte.

Das Dokument enthält herbe Kritik. Aber die Verfasser betonen, daß sie keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit erheben, daß nur die Liebe sie treibt und daß sie sich mit ihren Ansichten und Vorschlägen ganz dem Urteil der Hierarchie unterwerfen. Es sollte keine abgewogene Darstellung sein, sondern eine provokatorische Diskussionsgrundlage für eine Arbeitstagung. Als solche will sie genommen werden. Die in ihr enthaltenen Übertreibungen mögen insofern taktisch verständlich sein, entspringen aber wohl auch jenem typischen Radikalismus und Rigorismus, wie er schon in vielen spanischen Schriften seinen Ausdruck gefunden hat. An der Seite des sprichwörtlichen Stolzes steht ein ebenso starker Inferioritätskomplex, der mit sich selbst am unerbittlichsten ins Gericht geht, wobei die spanische Seele dann leicht in ihre zwei Pole zerfällt: in den Don Quijote und den Sancho Pansa.

Das Klassenkampfschema, das der Denkschrift zugrunde liegt, läßt vermuten, daß die Verfasser aus einer der spanischen Industriegegenden stammen. Tatsächlich ist es nämlich unmöglich, von „der“ spanischen Gesellschaft zu reden. Spanien zerfällt in zwei soziale Welten, die völlig verschiedenen geschichtlichen Entwicklungsstadien angehören. Nur in den Gebieten im Norden und Nordosten (d. h. in Galizien, Baskenland und Katalonien), in denen seit einem Jahrhundert der Aufbau zeitgemäßer Formen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens vonstatten ging und die heute von Industrie und Handel beherrscht sind, gibt es eine klassenbewußte Arbeiterschaft und ein zahlenmäßig nennenswertes Großbürgertum. In den landwirtschaftlichen Gebieten, d. h. im ganzen Inneren und im Süden, existiert mit einer amorphen Landarbeitermasse und den tonangebenden Großgrundbesitzern eine *feudale* Gesellschaftsstruktur, für die „Bürgertum“ und „Klasse“ anachronistische, nämlich zu moderne Begriffe sind. Zwischen diesen beiden extremen Strukturen gibt es selbstverständlich Übergänge, Mischformen und in jüngster Zeit in steigendem Maße Einbrüche, über die wir laufend berichtet haben (vgl. zuletzt Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 255; 11. Jhg., S. 78, 214, 355, 409). Ein und dieselbe sozialpolitische oder caritative Maßnahme kann im Norden als Beleidigung empfunden und im Süden als Wohltat begrüßt werden, und auch die Seelsorge verlangt hier wie dort andere Methoden. Daß die Denkschrift hier unzulässig vereinfacht hat, muß man vorausschicken. Aber selbst für die modernen Wirtschaftsgebiete Spaniens muß der Begriff „Bürgertum“, der als zentraler Vorwurf die Denkschrift durchzieht, näher erläutert werden. „Bürgertum“ bedeutet hier nicht Kleinbürgertum (denn Beamte, Angestellte, Handwerker und Kleinhändler stehen sich wirtschaftlich schlechter als die Facharbeiter und haben auch kein höheres soziales Pre-

stige), sondern ein ausgesprochenes Großbürgertum, das man mit „Geldadel“ umschreiben könnte (Industrielle, Großkaufleute, hohe Beamte und Angestellte, in einem analogen Sinn die Großgrundbesitzer), das aber auch den Geburtsadel miteinschließt. Die Denkschrift selbst macht darauf aufmerksam, daß die spanische Geschichte nicht vom Bürgertum geprägt wurde; selbst das Wort „burgués“ ist erst in jüngster Zeit in Gebrauch gekommen und wird noch heute als Fremdwort empfunden.

Wir bringen im folgenden einen Überblick über die Denkschrift als ein Beispiel öffentlicher Meinung in der Kirche und als einen Baustein zum Spanienbild, das man sich aus ebenso komplexen, ja widersprüchlichen Elementen zusammensetzen muß, wie sie die spanische Wirklichkeit selbst beherrschen.

Die religiöse Situation

Die religiöse Lage der spanischen Gesellschaft, so sagt die Denkschrift zu Anfang, muß als „äußerst ernst und beunruhigend“ bezeichnet werden.

Im Volk geht ein Prozeß der Entchristlichung vor sich, die sich bei den Arbeitern in religiöser Gleichgültigkeit und offenem Abfall, bei den Bauern mehr in Nachlässigkeit und Unwissenheit äußert. Gottesdienst und Sakramentenempfang stellen für viele nur mehr ein äußeres Band zur Kirche dar.

Das Bürgertum lebt oberflächlich und frivol. Ohne Sinn für die Wahrhaftigkeit und Echtheit des religiösen Bekenntnisses ergibt es sich selbstzufriedenem und unfeinem Lebensgenuß. Es zeigt kein Interesse für Bemühungen um die soziale Gerechtigkeit und die Besserung der Lebensbedingungen des Volkes. Es überläßt sich einem ungerechtfertigten und beleidigenden Luxus. Seine wachsende Unsittlichkeit offenbart pharisäerhafte Züge. Es ist in heidnischer Weise egoistisch.

Die katholischen Intellektuellen haben weder im Bürgertum noch im Volk nennenswerten Einfluß. Sie scheinen erfüllt von Mittelmäßigkeit und Mißtrauen. Daraus erklärt sich, daß zwei Drittel der intellektuellen Jugend das katholische Lager verlassen haben. Die Organisationen des Laienapostolates sind schwach und kraftlos. Sie leben in einer Welt der Engel, gleichgültig gegen alle soziale Problematik.

Der Mangel an Verantwortung für das Gemeinwesen ist eine nationale Krankheit. Er ist total, chronisch, allgemein und wird ohne Erröten zugegeben. Eine Jugend ohne Enthusiasmus — weder für berufliches Wirken noch für politisches Handeln, weder für die Liebe noch selbst für die Sünde —, alt und verbraucht, ist eine düstere Aussicht für die Nation.

Verbürgerlichter Katholizismus

Wo liegen die Ursachen dieses alarmierenden Zustandes? Man muß die spanische Gesellschaft untersuchen, um ihren Katholizismus zu verstehen. Es ist ein Mitglied der Hierarchie gewesen, der Erzbischof von Zaragoza, der diesen Zusammenhang hervorgehoben hat, indem er von einem „verbürgerlichten Katholizismus“ sprach. Das ist kein Gemeinplatz. Der Katholizismus ist verbürgerlicht, weil er sich einer bestimmten gesellschaftlichen Struktur, nämlich der bürgerlichen, vollkommen angepaßt hat. Die bürgerliche Gesellschaft hat die Rechte der menschlichen Person etabliert. Aber dann hat sie diese Rechte dem Bürgertum vorbehalten wollen und den Besitz der ökonomi-

schen Güter in ausschließliche Herrschaft über alle Bereiche des Gesellschaftslebens, auch die religiösen, zu verwandeln gesucht. Sie hat die nichtbürgerlichen Klassen aus „ihrer“ Gesellschaft vertrieben und den Widerspruch geschaffen, daß einer großen Zahl von Menschen, die doch zur Gesellschaft gehören, die aktive Teilnahme an ihrem Leben unmöglich ist. Die Bourgeoisie ist ein gesellschaftlicher Anachronismus, und das Festhalten an einem gesellschaftlichen Anachronismus ist Selbstmord.

Die spanische Bourgeoisie war übrigens zu schwach, eine dem Bürgertum anderer Länder vergleichbare Leistung zu vollbringen; sie hat eher alles getan, um ein modernes Spanien zu verhindern. Sie hat einige Irrtümer vermieden, so den Irrtum des rein naturalistischen Philosophierens; dafür fehlen ihr auch die wichtigsten Tugenden der europäischen Bourgeoisie, besonders deren hervorragende: die Intelligenz.

Der Bürgerkrieg von 1936

Etwas schematisch dargestellt, besteht Spanien heute geistig aus zwei feindlichen Blocks: Bürgertum und Volk. Die Ereignisse von 1936 waren die Konsequenz einer sozialen Entwicklung, die allerdings durch politische Einflüsse und gewisse soziale Doktrinen beschleunigt wurde. Jener Teil des Volkes, der sich infolge der Industrialisierung in eine Masse verwandelt hatte, erfaßte bewußt ein permanentes soziales Unrecht und empörte sich mit großem Ressentiment gegen eine bedrückende Bourgeoisie. Aber diese hat sich als völlig unfähig erwiesen, zu begreifen, daß darin etwas Berechtigtes war. Sie hat sich damit begnügt, subversive Kräfte anzuklagen und aus der Revolution ein Problem der öffentlichen Ordnung zu machen. Die Ausschreitungen der Revolution haben andererseits dem Bürgertum die Beweise geliefert, die es brauchte, um ein Unrecht vergessen zu machen.

Die Bourgeoisie argumentiert mit drei Prinzipien. Sie verteidigt das Eigentum als ökonomischen, die Kultur als geistigen und die Religion als metaphysischen Bewegungsraum der menschlichen Person. Dazu hat sie das Recht. Aber sie identifiziert sich selbst als gesellschaftliche Klasse mit diesen Prinzipien, weil sie fühlt, daß darin ihre einzige Chance zum Überleben liegt. Und dazu hat sie kein Recht. „Wenn ihr das gelingt — nicht ohne reichliche Anrufung Gottes —, wird sie behaupten, daß diese drei Prinzipien gesiegt haben. Wir begreifen das große Interesse der Bourgeoisie, ihre Sache mit der Sache Gottes zu identifizieren. Das ermöglicht ihr, den Sieg für sich zu beschlagnehmen und außerdem ein unerschütterlich gutes Gewissen zu haben.“

Im Jahre 1936 hätte es einer revolutionären Dritten Kraft bedurft, deren Aufgabe gewesen wäre, das Individuum zu verteidigen und den Individualismus anzugreifen. Diese Kraft, obwohl im Ansatz vorhanden, kam nicht zum Zuge. Unter die Kämpfer für ein besseres Spanien mischten sich die Verteidiger „ihres“ Spanien, und aus der reinigenden Flamme eines heldischen Kampfes gingen viel zu viele Spanier als die alten hervor. Ja „das spanische Bürgertum, das vor dem Krieg ziemlich bescheiden und etwas verschämt gewesen war, verwandelte sich in eine kapitalistische Bourgeoisie mit hartnäckigem und übertriebenem Klassengeist, ein Hindernis für jeden Reformversuch“. Soziologisch betrachtet, hat der Bürgerkrieg die bürgerliche Gesellschaftsstruktur befestigt. Er hat das Problem, deswegen er geführt wurde, ungelöst gelassen.

Positive Zeichen

In dieser Lage gibt es einen positiven Faktor: die Existenz des katholischen Staates, der der Kirche und der katholischen Gesellschaft soziale Aktionsmöglichkeiten gibt, die sie in diesem Ausmaß nie besessen haben. Aber alle bisweilen mit bemerkenswertem Elan unternommenen Aktionen sind gegen die Mauer bürgerlicher Verständnislosigkeit gelaufen und an ihr zum Stillstand gekommen. Diese Verständnislosigkeit ist das Ergebnis einer sozialökonomischen und einer geistigen Tatsache. Seit dem Bürgerkrieg hat das anonyme Kapital eine nie erträumte Macht erlangt. Und seit dem Bürgerkrieg hat konservatives Denken ein ungeahntes Prestige gewonnen. Beide Faktoren wirken gegen jeden Versuch, die Dinge in Bewegung zu bringen. Sie haben Nahrung gezogen aus einem quietistischen spanischen Charakterzug. Dieser interpretierte den Sieg der Waffen im Bürgerkrieg als ein Gottesurteil. So verbindet sich konservative Denkhaltung mit echtem und tiefem Wertbewußtsein zu einem Verteidigungs-Komplex. Er äußert sich in einem für die Wirklichkeit verständnislosen Willen zur Sicherung des Bestehenden und spaltet Spanien in ein offizielles und ein lebendiges Spanien.

„So sehen wir in diesem wirklichen, noch unklaren und gärenden und in gewisser Hinsicht reichlich beunruhigenden Spanien etwas aufsteigen, was zu einer wirklichen Dritten Kraft werden kann, die für das Gemeinwohl besorgt ist, was den geschichtlichen Mächten der Neuzeit nie gelang. Diese kommende Kraft könnte sich darstellen als ein beunruhigter Katholizismus, der sich jenseits von den überkommenen Kategorien fühlt, der also zum Beispiel weder klerikal noch antiklerikal ist, der äußersten Ernst macht mit dem Wort ‚Kirche‘ und sich deshalb radikal der Leidenden annimmt. Ein Katholizismus, der alle Gleichungen, die man üblicherweise in Spanien hergestellt hat, vom Tisch fegt.“

Der neue Typus des katholischen Menschen

„In der Tat: Das Auftreten vielfältiger kleiner Gruppen von Priestern und Laien, die sich zu einem Glauben bekennen, der sich von allen intellektuellen und sozialen Fixierungen frei hält und sich in allen seinen geistlichen und sozialen Konsequenzen bekundet, ist eine der verheißungsvollsten Erscheinungen im religiösen Erfahrungsbereich der Nachkriegszeit.“

Der neue Typus eines Katholiken ist gekennzeichnet durch seine Sorge um eine ernsthafte geistige Bildung, durch kritische Haltung gegenüber den Gemeinplätzen einer beklagenswerten Gleichsetzung von Katholizismus und nationaler Tradition, durch die Aufmerksamkeit auf die Erfahrungen der Katholiken anderer Länder, durch seine innere Annäherung an das Volk, endlich durch seine unbedingte Entschiedenheit zu einem wahrhaftigen katholischen Leben in Übereinstimmung mit den wiederholten Richtlinien der letzten Päpste.“ Dieser Katholizismus erwacht heute nicht nur in intellektuellen Kreisen, sondern auch in der Jugend, unter Arbeitern und Bauern. Er ist sich noch nicht ganz über seine Ziele im klaren, aber einzig in der Ablehnung der bestehenden Ordnung, das heißt ihrer falschen Gleichungen.

Diese Bestrebungen stoßen leider auf den erbitterten Widerstand einer patriotisch-katholisch-bourgeois Front, die mit ihren Bannflüchen nicht spart. Weil ihre Gegner ohne Vorbehalte die soziale Doktrin der Kirche verwirk-

lichen wollen, beschimpft man sie als Marxisten und Philo-kommunisten. Weil sie moderne Gedanken studieren und sich um ihre Assimilation bemühen, bezichtigt man sie häretischer Neigungen. Weil sie sich um die christliche Selbstkritik bemühen, die Pius XII. empfohlen hat, nennt man sie destruktive Pessimisten. Das alles, ohne ihnen auch nur einen einzigen Irrtum nachweisen zu können. Man bildet sich einen eigenen Begriff von katholischer Rechtgläubigkeit, mit dem man dann seine sozialen Positionen, seine geistige Beschränktheit und seinen sentimental Patriotismus verteidigt. Es ist nichts weiter als die aktuelle Form einer immerwährenden Strömung, nämlich des Integralismus.

Das christliche Gewissen vor dem soziologischen Befund

Wenn man diesen soziologischen Befund nun mit den Augen eines christlichen Gewissens betrachtet, muß man dann nicht von einem ungeheuren Ärgernis sprechen, das diese Gesellschaft gibt, indem sie sich das Prädikat eines authentischen Katholizismus verleiht und dann alle anderen beschuldigt oder verdächtigt, gleichviel ob es sich um hervorragende spanische Katholiken handelt oder um ausländische katholische Bewegungen und Persönlichkeiten, um eine Zeitschrift, eine Organisation des Apostolates, einen Schriftsteller oder einen Erzbischof?

Diese Selbstgerechtigkeit hat nach Ansicht der Denkschrift ihre Wurzel in einem kollektiven Hochmut, den man ruhig als Vermessenheit bezeichnen kann. Eine Religion, die man auf die eigenen Maße zurechtgeschnitten hat, ist Abgötterei. „Wir Spanier sind ihr verfallen. Wir sind aufgewachsen in der Anbetung unserer religiösen Geschichte, in der Überzeugung, daß Gott unsere außerordentlichen Verdienste anerkennen muß. Das spanische Volk hat sich das Bewußtsein eines auserwählten Volkes geschaffen, ein judaistisches Bewußtsein. Aber es ist eine ausgemachte Sache, daß jeder Judaismus die göttlichen Tugenden schwächt. Der Glaube wird zu einem Glauben ohne Werke... Die Vermessenheit enthält einen frontalen Angriff gegen die Tugend der Hoffnung. Ist es übertrieben, zu behaupten, daß man ganz in der Tiefe unseres Kollektivbewußtseins eine größere Hoffnung auf den spanischen Katholizismus entdecken würde als auf die katholische Kirche? ... Ebenso ersetzt jeder Judaismus die Liebe durch gewisse Formen der Caritas... Natürlich ruiniert die Vermessenheit auch die Demut des Menschen, sein Bewußtsein von Wahrheit, Sünde und seinem eigenen Elend. Das hochmütige Gewissen wendet sich von sich selbst weg und dann auch von der gesamten Wirklichkeit. Es ist seiner Vollkommenheit sicher.“ Die sozialen Verhältnisse, die sich aus einem solchen Gewissen ergeben, sind ein ungeheures Ärgernis.

Reform der sozialen Struktur

Wie kann dieser Zustand geändert werden? „Es geht darum, an die Stelle einer Gesellschaft, die das Geld zu ihrem obersten Wert erhoben hat, eine Ordnung zu setzen, in der das Geld wieder die Funktion eines Mittels erhält, die die christliche Theologie ihm zuweist.“ Gegen den Einwand, eine solche Vorstellung sei utopisch, ist zu erwidern, daß der Kapitalismus nicht mehr ist als eine geschichtliche Form des Wirtschaftens und daß Spanien an dem Punkt steht, da seine Wirtschaftsordnung sich, so oder so, selbst aufheben wird. Die absolute und unmenschliche Alleinherrschaft des Kapitals wird zerbrochen werden. Beson-

ders muß auf die Diktatur der großen Banken hingewiesen werden. Es sind zwei Grundprobleme zu lösen: die Neuverteilung des Sozialprodukts und die Beschränkung der Gewinne. (Vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 356, 507.)

Reform der Erziehung

Eine friedliche Sozialreform wird aber nur dann möglich sein, wenn der bürgerliche Geist verschwindet, der die spanische Gesellschaft bis ins Mark durchdrungen hat und für den egoistischen Individualismus verantwortlich ist. Der Kampf gegen diesen Geist ist eine Aufgabe der Erziehung. Leider ist auch die Struktur des spanischen Erziehungswesens, eingeschlossen das religiöse und sittliche, bürgerlich. Man wird die Erziehungsmethoden reformieren müssen, deren Versagen allein schon offenkundig wird, daß die Jugend desertiert, trotz aller religiösen Erziehung. „Die Anziehungskraft des Bösen wächst, weil die des christlichen Lebens abnimmt... Nur eine wahrhaftige christliche Erziehung, die dem Nächsten zugewandt ist, kann die junge Generation gewinnen. Wenn wir versagen, wird die Revolution ihr ein soziales Ideal geben.“

Reform des Apostolates

Auch das Apostolat bedarf der Reform. Die Katholische Aktion ist praktisch eher eine allgemeine Inaktion. Sie gleicht eher einem Rückzug ängstlicher Gemüter als einem Vorgehen tapferer Seelen, die zum Kampf bereit sind. „Die Wirklichkeit ist tatsächlich außerhalb unserer Organisationen, weil sie sich haben aus ihr hinausmanövrieren lassen. Das Fehlen des Kontaktes mit der Wirklichkeit und als Folge davon die Ausübung eines Apostolates auf ungefährlichem Gelände haben sie geschwächt und drohen sie vollständig abzurüsten.“ Was ihnen fehlt, das ist eine authentische Spiritualität und ein wirkliches soziales Aktionsprogramm. Aber um die Organisation zu reformieren, muß man zuvor die Führer wechseln, die in der Mehrzahl üppige und überzeugte Bürger sind.

Reform der Seelsorge

Schließlich muß eine „Entbürgerlichung“ im engsten Bereich der Kirche angestrebt werden. Weil man weiß, wie delikate diese Aufgabe ist, umgibt man sie mit einem Tabu. Aber der Christ muß unterscheiden können zwischen dem, was in der Kirche Jesu Christi göttlich ist, und dem, was menschlich und infolgedessen hinfällig ist. Es hat gewiß eine Zeit gegeben, in der der Bürger heilig werden konnte. Wenn aber ein sozialer Typus mit allen möglichen Formen christlichen Lebens unvereinbar geworden ist, dann muß man ihn preisgeben. Man muß offizielle Bindungen aufgeben, wenn sie den Verdacht der Gesinnungsgemeinschaft mit den herrschenden Mächten erwecken. „Es würde gut sein, wenn die Kirche sich wieder auf ihre Gläubigen zu stützen suchte, auf die Gesellschaft, auf die Glieder der Gesellschaft, die Söhne der Kirche sind, und nicht auf die ‚gesellschaftlichen Kreise‘. Denn das letztere führt nur zu fortgesetzten unheiligen Kompromissen. Es führt zum Beispiel dazu, daß die Priester aus Furcht vor der Bourgeoisie nicht den Mut aufbringen, dem Volk die christliche Soziallehre der Päpste und der eigenen Bischöfe zu verkündigen.“

Man muß sich im Klerus darüber Rechenschaft geben, daß man das Volk herausfordert, wenn man ihm von der Liebe Gottes predigt und wenn gleichzeitig eine Gesell-

schaft, die sich christlich nennt, die Nächstenliebe mit Füßen tritt. Dann muß das Volk schließlich zu der Überzeugung kommen, daß das Christentum erfunden ist, damit das Volk es praktiziert und die Bürger daraus Nutzen ziehen.

Der spanische Katholizismus hat sich bis jetzt mit Hartnäckigkeit gegen jeden Versuch der Selbstkritik gewehrt. Sein geistiges Niveau ist derart, daß es seit einem halben Jahrhundert keinen großen Geist mehr hervorgebracht, dafür aber alle großen Geister von sich abgestoßen hat. Ist das nicht ein Faktum, das auf einen „traditionellen Obskurantismus“ schließen läßt? „Der spanische Katholizismus weiß nichts anderes zu tun, als Menschen mit seinem Haß zu verfolgen, die sehr oft gar kein anderes Verbrechen begangen haben, als daß sie ihm nicht ihre Unterstützung leihen können. Vor allem müssen sich unsere katholischen Prominenz einer Kur für geistigen Mut unterziehen.“

„Es ist also ein doppelter Imperativ, der unsere brüderliche Gruppe von Priestern und Laien genötigt hat, diesen Stein in den Sumpf des spanischen Lebens zu werfen, auf die Gefahr hin, daß man ihn aufheben wird, um ihn uns an den Kopf zu werfen, statt ihn zu dem Material für einen Neubau zu legen. Diese Seiten werden hart und mitleidlos erscheinen. Aber wir sind keine Defaitisten. Weil wir Spanien lieben und an seine christlichen Zukunftsmöglichkeiten glauben, das heißt, weil wir an eine Bestimmung Spaniens glauben — und nicht nur an die rhetorische Behauptung einer solchen —, deshalb haben wir uns die Mühe zur Redlichkeit und zur Strenge gemacht. Wir halten uns selbst weder für besser noch für schlechter als die anderen. Wir haben nicht die Anmaßung, im Besitz einer magischen Formel für eine glänzende Zukunft zu sein, die uns kampflos in den Schoß fele . . . Wir fordern von der Welt von gestern, daß sie Christus und seiner Kirche nicht den Weg zu den Menschen von heute und morgen versperrt . . . Wir wollen nicht, daß die Tragödie Spaniens sich wiederholt . . . Wir sind unwiderruflich entschlossen, der Kirche treu zu bleiben. Aber wir sind auch unwiderruflich entschlossen, außerhalb desjenigen spanischen Katholizismus zu leben und zu sterben, der selber, wie wir glauben, die Signatur des Todes trägt.“

Die spanische Hochwasserkatastrophe, eine Rundfunkstation und ein Bischofsring

Das Wasser ist so sehr das Lebens-
element der Iberischen Halbinsel, daß
ein spanischer Staatsmann des ver-
gangenen Jahrhunderts das Wort
prägte: „Regir es regar — Regieren
heißt bewässern.“

Viele Gebiete können nur durch künstliche Bewässerung landwirtschaftlich intensiv genutzt werden, und mit der Neulandgewinnung des „Planes Badajoz“ mit seinen 25 000 neuen Bauernhöfen in Westspanien hat das Franco-Regime in den letzten Jahren eine große sozialpolitische Tat vollbracht.

Freilich nicht nur zum Segen kann das Wasser reichen: das Hochwasser von Valencia (und einigen kleineren Orten flußaufwärts) am 14. Oktober 1957 bedeutete für Spanien die ärgste Naturkatastrophe seit Generationen, die seiner Volkswirtschaft einen Schaden von weit über einer Milliarde Mark zufügte. Verursacht wurde diese Überschwemmung durch den Fluß Turia (der auf vielen ausländischen Landkarten noch seinen alten arabischen Namen „Guadalaviar“ hat). Er gehört bei weitem nicht

zu Spaniens bedeutendsten Flüssen; mit 240 Kilometer steht er der Länge nach erst an 14. Stelle. Aber gerade das ist das Gefährliche an ihm; er entspringt nämlich in über 1500 Meter Höhe in der Sierra, die die spanische Hochebene von der Mittelmeerküste abrupt trennt, und hat dann auf eine geringe Länge ein starkes Gefälle zu durchlaufen. Gegen solche Naturbedingungen scheint menschliche Baukunst mindestens in einem so armen Land wie Spanien noch machtlos zu sein, sonst hätte sie wohl schon längst genügend Sicherungen getroffen. Die Überschwemmungen des Turia haben nämlich schon eine lange Geschichte und sind uns seit dem Jahr 1321, also seit dem Ende der Maurenherrschaft, lückenlos aufgezeichnet. Unter ihnen waren 28 schwere Katastrophen, die letzte 1897 in den gleichen Oktobertagen wie nun sechzig Jahre später.

Die schweren Herbstregen des Jahres 1957 führten zu einem Hochwasser, das die Katastrophen aus sechs Jahrhunderten übertraf. Während ein stundenlanges Wolkenbruch auf die Stadt Valencia niederging, trat der Turia in einer Geschwindigkeit über die Ufer, gegen die es keinen Ausweg mehr gab. In kurzer Zeit stand das gesamte Stadtgebiet (mit Ausnahme des abgelegenen Hafenviertels) unter Wasser, wobei dieses in einigen Straßen die Höhe von 3,80 Metern und die dritten Stockwerke erreichte. In der Pfarrkirche der heiligen Monika war der Tabernakel überflutet, während des Ewige Licht brennend darüber schwamm (Ecclesia, 9. 11. 57). Die Brücken wurden stark beschädigt, die Strom-, Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen vollkommen unterbrochen. Tagelang war Spaniens drittgrößte Stadt von außen nur noch durch Hubschrauber erreichbar. Die 400 000 Einwohner des betroffenen Stadtgebiets hatten in die oberen Stockwerke und teilweise auf die Dächer flüchten müssen — soweit kleine Hütten durch die Gewalt des Wassers nicht ohnehin zerstört wurden. Auf dem Dach eines Hauses gebar eine junge Frau völlig allein ihr erstes Kind. Gleichzeitig wütete auch in Valencia die Grippe. Mindestens 80 Menschen fanden den Tod, Hunderte sind noch vermißt.

Was eine solche Katastrophe einem von der Natur nicht begüterten Land aufgibt, dessen Wirtschaft ohnehin einen schwierigen Weg zwischen Inflation und mühsam unterdrückten Streiks geht (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 78, 411 und 510), läßt sich ermessen. Die Regierung stellte zunächst 3 Millionen Mark als Soforthilfe zur Verfügung und tat ihr Möglichstes, um bei der Lebensmittelversorgung, der Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen, den zahllosen Reparaturen, bei der Wiederankurbelung der Produktion und der Unterbringung der obdachlos Gewordenen zu helfen. Aber es ist klar, daß darüber hinaus die ganze Nation in die Bresche springen mußte. Und sie tat das in einem wirklich bewundernswerten Ausmaß.

Das Vorbild der Kirche und die Tat eines jungen Mannes

Die Haltung der katholischen Kirche wurde schon in den Tagen der Naturkatastrophe von allen Seiten als vorbildlich gerühmt. In den betroffenen Stadtteilen leiteten fast überall die Seelsorger unter dem Einsatz ihres Lebens die Evakuierungs- und Rettungsmaßnahmen (der über sechzig Jahre alte Pfarrer von St. Monika holte sich dabei eine schwere Lungenentzündung). Im Erzbischöflichen Palais wurde das erste Obdachlosenzentrum eingerichtet. Die Caritas stellte weitere 43 Asyle bereit, organisierte

eine ärztlichen Dienst und mehr als ein Dutzend Aktionsgruppen, die sofort die einzelnen Stadtteile aufsuchten. Nach Rückgang der Überschwemmung wurden von der Caritas in den Asylen und durch Hausbesuche bei 28 940 Personen die Zerstörungen und die dringendsten Bedürfnisse festgestellt; diese Kartei wurde in den ersten Novembertagen von den staatlichen Behörden übernommen. Über 3 000 Wohnungen sind als nicht mehr beziehbar ausgefallen — ganz zu schweigen von den nicht zu beziffernden Verlusten an landwirtschaftlichen Erträgen in dieser fruchtbarsten Gegend Spaniens und an wirtschaftlichem und privatem Eigentum.

Aber weit mehr Echo als die Hilfsmaßnahmen der Regierung und das soziale Beispiel der Kirche weckte im ganzen Land die Tat eines einzelnen jungen Mannes, der bis dahin vollkommen unbekannt war. Der 22jährige Rundfunksprecher Adolfo Fernández an der kleinsten aller spanischen Rundfunkstationen, „Radio Juventud“ in der 200 Kilometer entfernten nächsten Regionalhauptstadt Murcia, wurde zum Herold seiner Nation, dem in der ersten Novemberhälfte Nacht für Nacht Millionen von Spaniern zuhörten. Mit viel Begeisterung und einer guten Idee hat er das ganze Land in einer Weise zu einer Kampagne der Hilfe zusammengeschlossen, die wie ein Märchen klingt.

Die Sache begann ganz lokal. Adolfo wollte etwas für die Hochwassergeschädigten tun und besorgte sich ein kleines Eselchen, das er nach der berühmten Erzählung von Juan Ramón Jiménez „Platero II“ taufte und eines Nachts über seinen kleinen Sender amerikanisch zu versteigern begann. Die Angebote kamen telefonisch, wobei die Telefongespräche unmittelbar über den Rundfunk gesendet wurden. Das Echo war so gewaltig, daß das Eselsfüllen mit 32 000 Mark den Preis eines Rennpferdes erreichte. Am nächsten Tag kamen die ersten Ferngespräche aus anderen spanischen Städten, und nach wenigen Tagen mußten sich die zahlreichen andern spanischen Sender Nacht für Nacht mit einblenden, wenn die neu eingegangenen Spenden in gleicher Art versteigert wurden. L. M. Dominguín, der Star der Toreros, stiftete eines seiner goldgestickten Gewänder, das es auf 3500 Mark brachte, der berühmte Dirigent Argenta seinen Dirigentenstab. Die Torerofamilie der Bienvenidas spendete eine silberne Madonna, vor der die Mutter immer zu beten pflegte, wenn die Söhne in die Arena treten. Über einen Prunkmantel der „Virgen de Pilar“, der Schutzpatronin Spaniens, kam es zu einem erbitterten Duell zwischen Murcia und Zaragoza, der Heimatstadt des Gnadenbildes. Ein mit den Autogrammen seiner Ligamannschaft versehener Fußball des Clubs von Murcia erreichte 7000 Mark, und das wiederum weckte den Ehrgeiz der großen Vereine von Madrid, Barcelona und Bilbao, die den Wert ihrer Trophäen in schwindelerregende Höhen hinaufsteigerten. Oft waren es die kleinsten Dinge, die die Rundfunzhörer in Atem hielten; so wurde ein kleines Püppchen, das bisher seinen Platz in der Vermittlungszentrale des Madrider Fernamts hatte, schließlich für 2500 Mark zugeschlagen. Den Rekord an Aufsehen wie an Spenden aber erreichte ein Symbol hierarchischer Würde. Marcelino *Olaechea Loizaga* SDB, der sozial beispielhafte Erzbischof von Valencia, stellte seinen Bischofsring zur Verfügung. Stundenlang gingen die telefonischen Angebote ein, bis der Ring schließlich um 2.04 Uhr morgens einem anonymen Bieter mit den Initialen A. C. für die Summe von einer Million Peseten (100 000 DM) zugeschlagen wurde. Als neuen

Bischofsring bestellte sich der Oberhirte einen aus Eisen, in den das Datum der Katastrophe eingraviert wurde. Schon nach wenigen Tagen hatte die Postverwaltung besondere Telefonleitungen installieren müssen, in der zweiten Woche mußte Radio Juventud einen eigenen Zoo und eigene Transportdienste einrichten. Drei Wochen lang liefen die Sendungen, dann mußten sie eingestellt werden, nachdem sich bei der Station 35 000 unversteigerte Gegenstände aufgehäuft hatten.

Es waren nicht nur vermögende Leute, die sich beteiligten (wenn auch sie schließlich immer den Sieg davontrugen), sondern auch die Ärmsten trugen mit ihren Groschen bei. Die Gesamtspenden erreichten am Ende einige zehn Millionen; die genaue Höhe wurde noch nicht bekanntgegeben. Diese Zahl ist aber auch nicht entscheidend; entscheidend ist die menschliche Spontaneität und das Ausmaß der Hilfsbereitschaft, die diese Aktion demonstrierte, und das in einer Zeit großer sozialer Spannungen. Der junge Adolfo hat in diesen Stunden zwischen 24 und 4 Uhr eine große Welle der Nächstenliebe ausgelöst. Mit das Eindrucksvollste daran ist, daß die meisten Spender anonym bleiben wollten und nur ihre Anfangsbuchstaben und die Telefonnummer nannten.

Wir haben schon verschiedene Male von den Auseinandersetzungen um die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit und ihre Schwierigkeiten in Spanien berichtet — es zeigt sich in dieser Aktion jedenfalls, daß ein Anruf der Caritas sehr lebendigen Widerhall findet. Das spanische Sozialproblem ist, wie es auch in den Anfängen der christlichen Sozialbewegung bei uns war, ein Problem des Zusammenfindens der caritativen und der sozialreformerischen Impulse. Zur Korrektur allzu düsterer Bilder vom spanischen Katholizismus müssen auch solche Fakten wie das „Märchen von Murcia“ bekanntgemacht werden.

Kirchliche Aufbau- anleihe in den Niederlanden

Dem Beispiel der österreichischen Bischöfe folgend, die im September 1956 eine Aufbauanleihe aufgelegt hatten, um den Nachholbedarf an Kirchen, Pfarr-, Schul- und Krankenhausegebäuden zu decken (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 51) und der bekanntlich ein großer Erfolg beschieden war, hat jetzt der Erzbischof von Utrecht, Bernhard Alfrink, ebenfalls eine Aufbauanleihe zur Durchführung des Kirchbauprogramms in seiner Erzdiözese aufgelegt. Die Anleihe, die durch ein Hirtenwort am 13. Oktober 1957 mit 2 Millionen Gulden (rund 2,2 Millionen DM) angekündigt wurde, war bereits nach 14 Tagen mit fast 300 Prozent überzeichnet. Sie erbrachte bis zum 1. 11. fast 6 Millionen Gulden. Dabei waren besonders die kleinen Stücke bis zu 100 Gulden begehrt. In seinem Hirten Schreiben begründet Erzbischof Alfrink das Auflegen der Anleihe damit, daß die laufenden Kirchbaukollekten bei weitem nicht ausreichen, um die wachsenden Bedürfnisse der niederländischen Katholiken zu finanzieren. Zur Zeit werden jährlich in Holland 80 000 Wohnungen neu gebaut. Das habe zwangsläufig zur Folge, daß der Kirchbau intensiviert werden müsse, wenn eine ordnungsgemäße Seelsorge betrieben werden soll. Eine Kirche mit 700 Sitzplätzen koste gegenwärtig 400 000 Gulden. Zur Zeit werden im Erzbistum Utrecht sieben Kirchen gebaut, für 1958 ist der Bau von sieben weiteren Kirchen vorgesehen. Zwischen 1958 und 1965 sind nochmals 16 Kirchbauten geplant.

Wie groß die Opferfreudigkeit der niederländischen Katholiken ist, die ja bekanntlich fast alle ihre Einrichtungen selbst finanzieren müssen, beweist auch das Ergebnis der Kollekte, die in der jetzt ein Jahr alten Diözese Rotterdam durch Bischof Martin zur Errichtung eines Knabenseminars durchgeführt wurde. Sie erbrachte 250 000 Gulden. Ferner spendeten bei der diesjährigen Kollekte der Päpstlichen Missionswerke rund die Hälfte der 1 507 niederländischen Pfarreien ca. 330 000 Gulden, das sind 60% mehr als im Vorjahr. Außerdem hat der Episkopat eine Kollekte für die Katholische Universität Nijmegen und die Katholische Universität für Wirtschaftswissenschaft in Tilburg angekündigt. Für beide Hochschulen müssen die niederländischen Katholiken neben den laufenden staatlichen Zuschüssen jährlich bis 1965 rund 2 Millionen Gulden, nach 1965 rund 3 Millionen Gulden aufbringen. Um den erhöhten Forderungen in Zukunft besser nachkommen zu können, wurde ein Fond für die katholische Hochschulbildung eingerichtet, der neben der Finanzierung der beiden katholischen Hochschulen auch der Unterstützung katholischer Professoren an staatlichen Universitäten und Hochschulen sowie katholischer Studentenvereinigungen dienen soll.

Aus dem Nahen Osten

Das Problem der Mischehen in Israel

Das Judentum verbietet von alters her die Ehe zwischen Israeliten und Nichtisraeliten. Die Zerstreuung Israels unter den Völkern, die mit dem babylonischen Exil begann, machte unter Esra eine strenge Regelung notwendig (Esra 10, 1), die die zurückgekehrten Exulanten zwang, sich von ihren nichtjüdischen Frauen und den aus diesen Ehen hervorgegangenen Kindern zu trennen. Später, in den christlichen Ländern, war die Frage der Mischehen nicht aktuell. Juden konnten sich mit Christen nur dann verheiraten, wenn sie die christliche Religion annahmen, und Christen konnten die jüdische Religion nicht annehmen. Erst die Emanzipation der europäischen Juden und vor allem die Institution der Zivilehe ermöglichte Mischehen zwischen Juden und Christen, ohne daß der eine die Religion des anderen annehmen mußte. Für das Judentum blieb die Vorschrift gelten, daß eine Ehe zwischen Juden und Nichtjuden nur dann möglich ist, wenn der nichtjüdische Ehegatte die jüdische Religion annimmt. Obgleich diese Fälle nicht selten waren, überwogen doch die wirklichen Mischehen, und in der Tat war bereits das deutsche Judentum durch Dissidenz und Mischehen in seinem Bestand bedroht.

Die Nürnberger Gesetze schufen dann in Deutschland eine besondere Situation, indem Juden, die der Kultusgemeinschaft noch angehörten, und solche, die sie verlassen hatten, und vor allem auch „Mischlinge“, gleichgültig, ob sie Juden oder Christen waren, gleich behandelt wurden. Im Zuge der Auswanderung der deutschen Juden wanderten auch eine nicht geringe Anzahl nichtjüdischer Frauen zusammen mit ihren jüdischen Männern nach Palästina aus. Unter diesen waren sehr viele, die die jüdische Religion nicht angenommen hatten.

Die Mischehen in Israel

In Palästina selbst waren die Verhältnisse von denen in Europa grundsätzlich verschieden. Die ziemlich strenge

gesellschaftliche Trennung, die zwischen Juden und Arabern (christlichen und muslimischen gleicherweise) besteht, zwang auch diejenigen, die in Europa unter Nichtjuden aufgegangen wären, dazu, sich der jüdischen Gemeinschaft anzuschließen. Das galt für diejenigen, die auf Grund einer Mischehe nicht mehr der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten bzw. nie angehört hatten. Um in der jüdischen Gemeinschaft zu leben, war im übrigen keine besondere religiöse Haltung notwendig, vielmehr genügte bereits eine gewisse quasi-kulturelle Assimilation. Diejenigen, die als „Juden“ einwanderten, wurden, sofern sie nicht eine andere Religion angenommen hatten, auf Grund des Personalstatus automatisch in die Listen der jüdischen Kultusgemeinschaft eingetragen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 32 f.). Man kann heute sagen, daß diejenigen gemischten Ehen und die daraus hervorgegangenen Kinder, die bis 1938 aus Mitteleuropa nach Palästina kamen, zum größten Teil in der jüdischen Gemeinschaft aufgegangen sind.

Nach der Gründung des jüdischen Staates und der damit verbundenen Masseneinwanderung wurde die Frage aufs neue aktuell. Mit den Einwanderern aus Ungarn z. B. gelangten viele Familien nach Israel, die der jüdischen Glaubensgemeinschaft nie angehört hatten und ihr eigentlich auch nicht angehören wollten. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Mischehen zwischen christlichen Frauen und jüdischen Männern (die oft den christlichen Glauben angenommen haben). In vielen Fällen waren auch die Kinder getauft. Diese Familien emigrierten nach Israel ausschließlich unter dem Druck der Verhältnisse in den Ostblockstaaten und nicht etwa, weil sie sich als Juden fühlten. Um jedoch nach Israel einreisen zu können, mußten sie sich den Einwanderungsbehörden gegenüber als Juden ausgeben. Den Einwanderungsbehörden genügte als Kriterium die jüdische Abstammung mindestens eines Ehegatten, wobei stillschweigend vorausgesetzt wurde, daß dieser sich in irgendeiner Form zum Judentum bekannte und nicht etwa Christ geworden war. Auch solche, die als Kinder bereits getauft worden waren, sich aber als Juden „fühlten“ — ein durchaus weiter Begriff —, wurden willig aufgenommen. Diese Einstellung entspricht etwa der Einstellung des überwiegenden Teiles der jüdischen Bevölkerung Israels, die in religiösen Dingen indifferent oder doch sehr weitherzig ist (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 31 ff.).

Sogar die religiösen Behörden nahmen bis zum Frühjahr dieses Jahres an den Mischehen keinen Anstoß, wahrscheinlich in der nicht unberechtigten Hoffnung, daß die religiöse Seite des Problems sich mit der Zeit von selbst lösen werde.

Mischehen und christliche Seelsorge

Die ersten, die mit dem Problem der Mischehen konfrontiert wurden, waren die christlichen Glaubensgemeinschaften, die sich vor seelsorgerische Aufgaben gestellt sahen, denen sie in keiner Weise gewachsen waren. Viele der christlichen Frauen, die mit ihren jüdischen Männern nach Israel gekommen waren, hatten keineswegs die Absicht, zum Judentum überzutreten oder in der indifferenten Masse der israelischen Juden unterzugehen, und beanspruchten die religiöse Fürsorge der christlichen Glaubensgemeinschaften (es handelt sich hierbei vorwiegend um Katholiken). Zudem sind nicht wenige der Mischehen in religiöser Hinsicht insofern keine Mischehe, als der jü-

dische Ehegatte oft christlicher Konfession ist oder die Absicht hat, diese anzunehmen.

Für die Seelsorge der Mischehen stellen sich die gleichen Probleme wie für die Konvertitenseelsorge. Sie sind bis heute leider ungelöst, denn diese wie jene sind dazu gezwungen, in einer jüdischen Gemeinschaft zu leben, die sich zwar im allgemeinen nicht um die religiöse Praxis des Einzelnen kümmert, auf einen Religionswechsel jedoch äußerst negativ reagiert. Das ist darin begründet, daß ein Übertritt zum Christentum auch als ein Verlassen der jüdischen Volksgemeinschaft angesehen wird, aber auch die Ressentiments, jahrhundertlang durch die Vorstellung und böse Erfahrung genährt, daß zum Christentum übergetretene Juden zu Feinden des Judentums wurden, spielen dabei eine große Rolle.

Die meisten Konvertiten dürfen es unter diesen Umständen nicht wagen, sich offen zu ihrem Glauben zu bekennen — eine Situation, die besondere Anforderungen an die Seelsorge stellt. Diese Seelsorge ist, was die katholische Kirche betrifft, in der Praxis kaum vorhanden, denn es stehen nur eine Handvoll Priester zur Verfügung, die sich den Konvertiten, die mehrere Tausend zählen, widmen können (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 457 ff.).

Die christlichen Glieder der gemischten Familien sind nicht viel besser gestellt als die Konvertiten. Da sie mit Juden verheiratet sind, erwartet man von ihnen, daß sie sich dem Judentum wenigstens assimilieren. Tun sie das nicht, dann können sie sich in eine jüdische Gesellschaft nicht einordnen, auch dann nicht, wenn sie geduldet werden. Sie bleiben eben Fremde, und — was in einem Lande, das sich seit einem Jahrzehnt in Kriegszustand befindet, bei weitem unangenehmer ist — man mißtraut ihnen.

Viele dieser Familien haben Palästina immer nur als ein Durchgangsland betrachtet, als eine Möglichkeit, um aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang zu entkommen, eine Möglichkeit, die es wert erscheinen ließ, sich wenigstens für eine Zeit als Jude auszugeben. Andere wiederum wollten es als Juden versuchen und gaben es nach einer Weile auf, nachdem sie feststellten, daß die keineswegs günstigen Lebensbedingungen in Israel ihnen nicht zusagten. Das mußte die ganze Gruppe in den Augen der Juden, aber auch in den Augen der Christen suspekt machen. Die Tatsache aber, daß Menschen immer wieder versuchen, aus ihrem religiösen Bekenntnis oder aus dem Wechsel desselben Gewinn zu ziehen, enthebt wenigstens die Christen nicht ihrer Verantwortung. Im Gegenteil, die Seelsorge hätte (wenn sie existieren würde) nur die Pflicht, ihre Bemühungen um diese Menschen zu verstärken, denn die Kranken bedürfen nun einmal des Arztes. (Die Praxis der Judenmission sieht oft anders aus: Während die wenigsten bereit sind, die Taufe zu verweigern, weil die materiellen Absichten des Täuflings zu offensichtlich sind, sind die meisten immer bereit, einen Konvertiten der schlechten Absicht zu ziehen.)

Die Haltung des Rabbinats

Das israelische Rabbinat, das seit Jahren den Kampf gegen die Judenmission und vor allem gegen die Missionschulen führt, war in der Frage der Mischehe unter den Neueinwanderern bis zum Beginn dieses Jahres merkwürdig still. Für das Rabbinat stellt sich das Problem etwa so: Juden, die die jüdische Glaubensgemeinschaft verlassen haben, sollten nach Möglichkeit wieder zurück-

gewonnen werden. Bei Mischehen muß der jüdische Teil entweder zur Aufgabe der Ehe oder der nichtjüdische Teil zur Annahme des Judentums bewegt werden. Wie immer bei derartigen Fällen, zeigte das Rabbinat in der Konvertitenfrage eine sehr viel größere Aktivität als bei der inneren Seelsorge selbst.

Was den Anlaß dazu gab, daß das Rabbinat sich jetzt erst in die Frage der Mischehen einschaltete, ist nicht zu ersehen. Das Vorhandensein gemischter Ehen unter den Einwanderern dürfte nicht unbekannt geblieben sein. Wahrscheinlich ist, daß dem Rabbinat eines Tages auffiel, daß die gemischten Familien eher zum Christentum als zum Judentum neigten.

Im Juni dieses Jahres wurden also unter dem Motto „Aktion Esra-Nehemnia“ einige Aufsätze in den religiösen Tageszeitungen veröffentlicht, in denen gefordert wurde, daß die nichtjüdischen Ehegatten zur Annahme des Judentums bewegt werden und daß vor allem die aus den Mischehen hervorgegangenen Kinder offiziell, d. h. durch Beschneidung, in die jüdische Gemeinde aufgenommen werden sollten. Als Grund wurde die auffallend große Zahl von Mischehen und von unbeschnittenen Kindern (ca. 3000?), die mit der letzten Einwanderungswelle (Flüchtlinge aus Polen und Ungarn) als Juden nach Palästina einwanderten, angegeben. Gleichzeitig setzte unter den Neueinwanderern eine recht heftige Agitation seitens des Rabbinats ein mit dem Ziel, die nichtjüdischen Frauen zur Konversion und zur Beschneidung der Kinder zu bewegen (nach jüdischem Recht gehört das Kind zur Mutter, so daß die Einwilligung des Vaters nicht genügen würde). Nach israelischen Zeitungsberichten soll diese Aktion besonders dort von Erfolg gewesen sein, wo die Familien sich entschlossen hatten, in Israel zu bleiben. Es ist auch in Betracht zu ziehen, daß bei vielen Mischehen, die nach dem Kriege in den Ostblockstaaten geschlossen wurden, die religiöse Seite der Eheschließung unbeachtet blieb und daß sich nachträglich viele Frauen entschlossen haben, mit ihren Männern als Juden zu leben.

Viele katholische Frauen weigerten sich dagegen, sich in die jüdische Religionsgemeinschaft aufnehmen bzw. ihre Kinder beschneiden zu lassen, und wandten sich an den katholischen Patriarchen von Jerusalem, Msgr. Gori, der daraufhin beim Kultministerium, von dem die ganze Aktion auszugehen schien, protestierte. Die Vertreter des Kultministeriums versicherten jedoch, daß die in den Zeitungen erschienenen Artikel nicht die Meinung der Regierung wiedergäben.

Es ist nur sehr schwer festzustellen, inwieweit diese Aktionen nur vom Rabbinat und inwieweit sie von der Regierung bzw. einzelnen Ministerien ausgehen. Einen Vorwurf könnte man weder der Regierung noch dem Rabbinat machen, es sei denn den, daß die Wahl der Mittel verfehlt sei. Die Situation ist denkbar kompliziert, denn in Israel sind faktisch jüdische Nation und Gemeinde identisch (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 36). Läßt es das Rabbinat zu, daß Mischlinge, die nicht in die jüdische Glaubensgemeinschaft aufgenommen wurden, in Israel quasi als „Volksjuden“ leben, dann ist ein Ende der hieraus entstehenden Verwirrung nicht abzusehen, denn Juden dürfen nun einmal nur Juden heiraten, und Jude ist man vor allem durch Abstammung — das setzt voraus, daß man eindeutig feststellen können muß, wer wirklich Jude ist und wer nicht. Ein Zweifel an der legi-

timen Abstammung des Ehepartners z.B. ist für einen religiösen Juden ungeheuerlich.

In jedem Fall ist eine Ehe zwischen Juden und „Juden“ zweifelhafter Abstammung, d.h. bei denen nicht festgestellt werden kann, ob sie wirklich Juden sind, nach jüdischem Recht nicht möglich, und da es in Israel keine Zivilehe gibt, würden die Ehehindernisse ins Unermeßliche wachsen.

Es ist auch der Regierung nicht zu verdenken, daß sie, solange Nation und Gemeinde identisch sind, möglichst klare Verhältnisse schaffen will. Auf der anderen Seite sieht sich die Regierung gezwungen, auf die Forderungen der christlichen Gemeinschaften einzugehen, die ihre Glieder vor einem Gewissenszwang bewahren müssen — das gebietet schon die politische Klugheit. Die Regierung wird alles tun, um zu vermeiden, daß der Eifer des Rabinats einige Tausend „Finaly-Affären“ (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 319 ff.) schafft, denn viele der betroffenen Kinder sind getauft, und das nach dem Willen der Eltern. So schmerzlich diese Vorfälle für die Betroffenen sein mögen, so könnten sie für die Zukunft der Konvertiten aus dem Judentum in Israel günstige Auswirkungen haben, denn es bleibt immerhin zu hoffen, daß die christlichen Gemeinschaften und auch die israelische Regierung sich dazu entschließen, eine Regelung zu finden, die die Stellung der Christen jüdischer Abstammung ein für allemal bestimmt, wenigstens soweit diese den Staat und die Nation betrifft.

Aus den Missionen

Daß der religiöse Sinn des chinesischen Volkes durch den Einfluß des gottlosen Materialismus keinen Schaden leide. Missionsgebetsmeinung für Februar 1958

Wenn man von den Indern sagt, sie seien ein religiöses Volk, stößt man in der westlichen Kulturwelt kaum auf Widerspruch, von den Chinesen aber glaubt man bei uns gemeinhin, daß ihr Sinnen und Trachten nur erdwärts gerichtet sei. Sicherlich bestehen große Unterschiede im weltanschaulichen

Klima zwischen Indien und China. Hier der ewige Drang, der irdischen Scheinwelt zu entrinnen und mit einer pantheistisch gedachten übersinnlichen Allwirklichkeit eins zu werden, dort das erdverhaftete Bewußtsein, einer kosmischen Ordnung anzugehören, mit der sich das sittliche Streben des Menschen in Harmonie zu bringen hat. Die Ordnung des Kosmos verlangt einen Ordner. Die altchinesische Religion erkannte im Himmelsherrn diesen Ordner. Auch Konfuzius hat sich zu ihm persönlich bekannt. Da aber das chinesische Denken mehr der unmittelbaren ethischen Aufgabe der Verwirklichung der diesseitigen Lebensordnung zugewandt war, trat das forschende Suchen nach Gott und seinem Wesen immer mehr zurück. Ja es wurde verdrängt durch ein unbestimmtes kosmisches Weltgefühl mit der für Ostasien so typischen pantheistischen Grundhaltung und der entsprechenden Geringwertung des Begriffs der Persönlichkeit des Menschen, der nur in einer theistischen Weltanschauung voll und rein zur Entfaltung kommt. Das religiöse Denken Chinas verflachte bei den Gebildeten, während das religiöse Bedürfnis des Volkes sich eine Fülle von abergläubischen Vorstellungen, Riten und Traditionen schuf. Stark blieb China in der Pflege der Sozialethik, aber es ist begreiflich, daß sich hier rationalistische oder

utilitaristische Systeme von Zeit zu Zeit in den Vordergrund drängten, da man der Frage einer metaphysischen bzw. naturtheologischen Fundierung der Ethik wenig Beachtung schenkte. China besaß vor dem Einbruch der westlichen Ideen zu Anfang des 20. Jahrhunderts keine geschlossenen religiösen Systeme, wenn man von Islam und Christentum absieht, die nur eine relativ geringe Zahl von Anhängern hatten. Auch das kultische Leben war unentwickelt. Nur die Spitze der Ordnungspyramide, der Kaiser, brachte jährlich einmal dem „Himmelsherrn“ oder dem „Himmel“ ein rituelles Opfer dar. China hat auch seit Jahrhunderten keine großen religiösen Führerpersönlichkeiten oder religiösen Erwecker gekannt. Zwar erstrebt der reine Taoismus in einer Art von Naturmystik das Einswerden des Menschen mit der Harmonie der Welten. Aber die Bewegung hat mehr Perioden der Erschlaffung als der Blüte gekannt. Der Glaube, daß nur eine Religion wahr sein kann, kommt dem heidnischen Chinesen kaum, da er sich verschiedenen religiösen bzw. ethischen Systemen gegenübergestellt sieht, von denen keines einen Ausschließlichkeitsanspruch geltend macht und auch nicht geltend machen kann, weil eben allen diesen Lehren die scharfe geistige Ausprägung und Abgrenzung nach außen fehlt. Was in den Weltreligionsstatistiken als „chinesische Volksreligion“ bezeichnet wird, ist die Reaktion der von Natur religiös veranlagten Volkseele auf diese Situation, es ist ein Gemisch von dunkel empfundenem Eingottglauben, Geisterkult, Konfuzianismus, Taoismus und Buddhismus. Jeder mischt die Anschauungen je nach persönlichem Bedürfnis und Familientradition. Aus der Beobachtung dieser religiösen Verfassung heraus hat man im Westen oft gesagt, der Synkretismus liege dem Chinesen im Blut. Vielleicht wird hier ein religiöser Tatbestand auf eine allzu vereinfachte Formel gebracht.

Die Wegbereitung des Kommunismus

Auf jeden Fall war China geistig-religiös sehr schlecht gerüstet, als mit westlicher Naturwissenschaft und Technik seit dem Sturz der Mandschu-Dynastie (1911) aufklärerische westliche Philosophien in die Kreise der maßgebenden Gebildeten eindringen. Die alte kulturelle Tradition wurde entthront. Man verwarf, was man in Jahrtausenden verehrt hatte, und wies den Konfuzianismus in den „Antiquitätenladen“. Zwar hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine kurze Reaktion eingesetzt, die den Konfuzianismus als Kulturwert und praktische Lebensweisheit wieder zu Ehren bringen wollte. Aber nicht zuletzt die Tatsache, daß es der den Konfuzianismus stützenden Regierung Tschiangkaischeks nicht gelang, der Korruption im Lande Herr zu werden, hat dieser Bewegung schon vor der Kommunistenzeit die Kraft genommen. Dazu kam, daß das statische Ordnungsbild des Konfuzianismus dem neuen naturwissenschaftlichen Weltbild in den Augen der Massen ebensowenig entsprach wie der sich abzeichnenden neuen Gesellschaftsordnung der technischen Zivilisation. So entstand im Lande ein kulturelles Vakuum, das weder die alten noch die neuen Ideen zu füllen vermochten. Die geschwächte synkretistische Volksreligion war erst recht nicht imstande, dies Vakuum zu füllen, in das nun der Kommunismus mit der machtvollen Organisation eines materialistischen Denk- und Aktionsystems eindrang. Indem er die alten religiösen Vorstellungen als Aberglauben brandmarkte und sich selbst als

Ersatzreligion präsentierte, lenkte er das noch vorhandene religiöse Empfinden in die Kanäle seines Weltbildes. Sein irdischer Messianismus mußte umso verführerischer wirken, als der Substanzverlust an religiösen Werten das Denken des chinesischen Volkes schon seit vielen Jahrhunderten immer mehr auf die diesseitige Welt konzentriert hatte, eine Welt, in der sich der von Haus aus nüchterne und praktische Sinn der Chinesen mit emsigem Fleiß bewegte. Man kann den Sieg des Kommunismus in China nicht verstehen, wenn man sich nicht die geistige Lage vor Augen hält, die seinen Start weltanschaulich erleichterte. Vor allem muß man klar den Anteil sehen, den die „westlichen Ideen“ gewollt oder ungewollt an der Erschütterung der Kulturtraditionen Chinas hatten. Mit Recht schrieb jüngst ein westlicher Laie, der sehr lange in China lebte: „Dadurch, daß die westliche Welt den Sozialorganismus Chinas schwächte, ohne etwas sehr Positives an seine Stelle zu setzen, hat sie unbewußt dem Kommunismus die Wege bereitet, denn sie minderte die Widerstandsmöglichkeiten, die China ihm entgegenstellen konnte“ (M. de Kermadec in „Mission Bulletin“, Hongkong, Oktober 1957).

Der Sinn der Fragestellung

Über die Dauer der kommunistischen Herrschaft in China kann niemand etwas Sicheres voraussagen. Aber alles spricht dafür, daß sie längere Zeit dauern wird. Damit ist die Möglichkeit einer tieferen Beeinflussung der chinesischen Seele durch den gottlosen Materialismus gegeben. Andererseits ist es ausgeschlossen, daß der Kommunismus für alle Zeiten das Schicksal Chinas sein wird. Man muß ihn im Rahmen der gewaltigen geistigen Wandlung des Reiches seit dem Sturz der Mandschudynastie sehen. Diese Entwicklung ist noch nicht zu Ende und wird sich wegen der besonderen Gegebenheiten Chinas durchaus nicht nach Analogie der Entwicklung in Rußland gestalten müssen. Es geht hier nicht um die in der politischen Presse des Westens so oft erörterte Frage, ob China moskauhörig bleibt oder eine eigene Art von Kommunismus entwickeln wird. Die letzten Triebkräfte einer geistigen Entwicklung liegen nicht im politischen Raum. Welches Schicksal werden die noch vorhandenen religiösen Kräfte Chinas haben? Werden sie zerrieben? Werden sie sich behaupten und zu gegebener Zeit fähig sein, ein neues, nicht materialistisches China aufzubauen? So sehr wir wünschen, daß dies neue China ein christliches Land sein möge, so sehr müssen wir uns gegenwärtig halten, daß die großen Entscheidungen von den heidnischen Massen abhängen, nicht aber von der vielleicht in Zukunft vorläufig immer kleiner werdenden Christenschar, deren Jugend heute in den kommunistischen Schulen systematisch entchristlicht wird. In Rußland ist zwar das Christentum noch eine latente Kraft, die in 40 Jahren nicht vernichtet werden konnte. Wird aber die soviel schwächere religiöse Substanz Chinas eine ähnlich lange Prüfung siegreich überstehen? Es ist uns nicht möglich, im Augenblick eine religiöse Bestandsaufnahme im heidnischen China zu versuchen. Kein ausländischer Beobachter erhält dazu die nötige Freiheit und Zeit. Auch die Äußerungen der Kritik an den Zuständen, die von der Regierung im eigenen Land für ein paar Wochen gestattet wurden, geben uns direkt keine Anhaltspunkte zur Beurteilung der religiösen Lage. Aber man kann annehmen, daß die Massen eines Volkes, von dem nur 1,61 Prozent endgültige Mitglieder der

kommunistischen Partei sind, nicht zum dialektischen Materialismus bekehrt wurden. In diesem Volke mit einer Jahrtausende alten Kultur gibt es immer starke beharrende Kräfte, die bei der Diktatur einer Minderheit eher an Kraft gewinnen als verlieren. Das alte China wird nicht wiederkehren, aber ein neues China kann nicht entstehen, wenn es geistig nicht genährt wird aus dem besten Erbe seiner gewachsenen Kultur, das die neuen echten Werte des Westens verarbeitet, die bis heute ins Land getragen wurden.

Das religiöse Erbe Chinas

Es mag seltsam erscheinen, daß die moderne missionswissenschaftliche Literatur sich bei Erörterung der religiösen Lage Chinas soviel mit dem Konfuzianismus beschäftigt, der doch kein religiöses und nicht einmal ein ethisches System ist, sondern nur eine Anleitung zum rechten Handeln. Der Grund ist, daß man im Konfuzianismus, der heute in China verdammt und dessen Literatur verbrannt wird, nicht nur (neben kleinen Irrungen) echte Werte der Ethik findet, auf denen das Christentum aufbauen könnte, man erkennt vielmehr auch, daß im unverfälschten Konfuzianismus gewisse Elemente der uralten reinen Naturreligion Chinas weitergegeben werden. Wie Johannes Bettray SVD vor ein paar Jahren in einem in Rom erschienenen grundlegenden Werk über die Akkommodationsmethode von Matteo Ricci SJ in der alten China-mission zeigte, war dieser große Missionar, auf dessen Ideen man im Rahmen der heute wieder so vordringlichen Anpassungsaufgabe zurückgreift, eben dieser Überzeugung, während er den chinesischen Taoismus und Buddhismus wegen ihrer vagen oder verderbten Vorstellung über den Weltengrund als Wegweiser zum Christentum und als Bausteine für das natürliche Fundament der christlichen Offenbarungsreligion schroff verwarf. Die Werthaltigkeit des echten Konfuzianismus haben in jüngster Zeit besonders der chinesische Benediktinerabt Dom Peter Cölestin Lou Tseng Tsiang und mit ihm eine Reihe von chinesischen Gelehrten betont, die heute in der Emigration weilen und Lehrstühle an westlichen Hochschulen innehaben, darunter auch hervorragende Konvertiten wie Dr. John C. H. Wu, der frühere Gesandte am Vatikan, Verfasser einer hochgeschätzten Übersetzung des Neuen Testaments und einer der Referenten auf dem Laienweltkongreß in Rom (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 122 ff.). Für Dom Lou war der Konfuzianismus der Weg zum Christentum, und er glaubte, ihn in seiner echtsten Form ganz in die Kirche mit übernehmen zu können.

Die Auffassung von Fulton J. Sheen

In der amerikanischen Missionszeitschrift „Worldmission“ (2, 1957) beteiligte sich auch Weihbischof Fulton J. Sheen an dieser „Aufwertung“ des Konfuzianismus. In einem Artikel „Der Geist weht nun ostwärts“ zeigt er, daß die großen vordringlichen Religionen alle um die Zeit begannen, als der Heilige Geist die großen Propheten des Alten Bundes erweckte. Damals lebten auch Konfuzius und Laotse. Der Anhauch des Gottesgeistes habe offensichtlich seine indirekten Fernwirkungen bis in die heidnische Welt Fernasiens gehabt. Auf dem beschwerlichen natürlichen Erkenntniswege habe man sich damals an vielen Stellen erneut auf die Suche nach Gott gemacht. Vielleicht habe Gott auch direkt die natürlichen Fähigkeiten dieser Großen des Geistes erleuchtet, ohne ihnen

notwendigerweise übernatürliches Erkenntnislicht zu vermitteln. So hätten jene Männer neben manchen Irrtümern auch echte Wahrheiten der sittlich-religiösen Ordnung künden können. In keiner Nation habe sich Gott unbezeugt gelassen. Speziell der Konfuzianismus anerkenne eine universale Ordnung (Tao), die den Menschen verpflichtet, sich in ein System von Loyalitäten einzuordnen. Dies sei ein guter und selbst besserer Ansatzpunkt für die Bekehrung der Konfuzianisten als die Seinsphilosophie des Aristoteles. Auch dem Taoismus (als asketischem Wegbereiter zur Gotteserkenntnis) gewinnt Fulton J. Sheen bessere Seiten ab als Matteo Ricci. Sehr stark betont den religiösen Grundgehalt des Konfuzianismus auch der Professor am Missionswissenschaftlichen Institut des Propagandakollegs, Msgr. Stanislaus Lokuang, in seinem nunmehr in zweiter Auflage erschienenen Werk „La Sapienza dei Cinesi“ (Rom 1957).

Der Blick auf die Religiosität der chinesischen Katholiken

Es ist sicherlich erlaubt, in diesem Zusammenhang auch das Zeugnis der Christen Chinas als Beweis für die religiöse Anlage dieses Volkes anzuführen. Gewiß haben der Trend des Europäismus und die vermeintlichen oder wirklichen Vorteile eines Anschlusses an „die Religion der Europäer“ die Konversion von vielen Chinesen in der nun abgeschlossenen Periode des Kolonialismus und der westlichen Hegemonie beeinflußt. Aber die Geschichte der Verfolgungen hat gezeigt, daß Tausende von Chinesen für religiöse Ideale zu leiden und zu sterben verstanden. Man muß sich davor hüten, die These zu glauben, es habe in der chinesischen Mission der Neuzeit nur „interessierte“, nur „Prozeß-“ und „Reischristen“ gegeben. Gerade die jüngste und größte aller bisherigen Christenverfolgungen in China hat das echte Gold religiöser Überzeugungstreue aus dem Schmelzofen physischer und psychischer Qualen leuchtend hervortreten lassen, und zwar zu einer Zeit, als die Christen Chinas auf keine irdischen Vorteile mehr hoffen und keine Konsulargerichtsbarkeit der Westmächte mehr anrufen können. Ihr Los ist, wenn sie standhaft bleiben, moralische und gesellschaftliche Vernichtung, Hunger und Elend. Die Nachrichten über das Drum und Dran der sechswöchigen Konferenz zu Peking, auf der im Vorjahr ein neuer Versuch — der dritte in der Reihe — gemacht wurde, die Katholiken organisatorisch und ideologisch dem System der Kommunisten einzugliedern, (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 560 ff.) bestärken uns in der Überzeugung, daß die Regierung weiter vom Ziele entfernt ist als je. Sie organisiert mit Renegaten oder zwangsweise Gepreßten, aber statt der Substanz des katholischen Lebens erfaßt sie nur nebelhafte Schemen, die sich bei Berührung in ein Nichts auflösen. Es wird den Kommunisten nicht gelingen, die katholische Kirche Chinas zu einer spontanen Entfaltung im Rahmen der „Patriotischen Vereinigungen“ zu bringen.

Für die religiöse Anlage der Chinesen kann schließlich die Erfahrung der Kirche noch einen weiteren Beitrag leisten. Es gibt in der Welt viele Gemeinden katholischer Auslandschinesen, die sich aktiv am Leben der Kirche beteiligen und oft andersnationale katholische Gruppen am gleichen Ort durch ihre Kirchentreue beschämen. In Südostasien insbesondere gehören diese Gemeinden oft zu den besten, wenn man etwa von den vietnamesischen Pfarreien absieht. Keine irdischen Interessen binden dort

die Chinesen an die Kirche. Sie leben aus dem Glauben und aus der religiösen Kraft ihrer Seele.

Das einfache Volk Chinas wird zur Zeit in unerträglichem Maße vom Kommunismus indoktriniert. Aber abgesehen von den Enttäuschungen, die der Nichtverwirklichung des angekündigten Paradieses auf Erden folgen werden und schon in reichem Maße gefolgt sind, wird das Übermaß der Propaganda des Materialismus möglicherweise zu einer psychologischen Reaktion führen, die sich naturgemäß in neuer Schätzung spiritueller Werte zeigen wird, an denen die chinesische Kultur einmal reich war. Im Mai und Juni vorigen Jahres, in der kurzen Periode der „freien Meinungsäußerung“, haben sich die Intellektuellen des Landes in sehr großer Zahl gegen die ausschließliche Propaganda des Marxismus gewandt. Sie sind dem Kommunismus nicht ins Netz gegangen. Werden die chinesischen Massen von dieser Haltung der geistigen Führungsschicht unberührt bleiben? Die Erfahrungen der Geschichte in ähnlichen Situationen bei anderen Völkern scheinen dagegen zu sprechen.

Ökumenische Nachrichten

Vom Existenzkampf der Evangelischen Kirchen in der Ostzone Seit der Annahme des Vertrages über die Militärseelsorge in der BRD durch die 7. Generalsynode der EKD im März 1957 (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 321) ist Bischof Dibelius, gegen den die politischen Beschimpfungen immer heftiger geworden sind, der Weg in die Ostzone versperrt. Der Existenzkampf der evangelischen Landeskirchen hat, besonders seit der Geldumtauschaktion und der Abdrosselung finanzieller Unterstützungen aus den westlichen Gliedkirchen der Union, eine Schärfe angenommen, die das Schlimmste, vor allem die Trennung der EKD in zwei Hälften, befürchten läßt. Die erneute Kancelabkündigung vom 20. Oktober gegen die Teilnahme evangelischer Christen an den erzwungenen staatlichen Jugendweihen war an sich nichts Ungewöhnliches. Neu aber ist die Form des Kampfes seitens der SED, die nunmehr Dorf- und Volksversammlungen mit Resolutionen gegen die Pfarrer organisiert und diese von den treuen Gemeinden zu isolieren sucht. Neu ist auch die Weise, wie gegen den am 5. April 1957 verhafteten Leipziger Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler der Prozeß gemacht wurde, der nach einem auffallenden Schuldbekennnis am 27. November mit fünf Jahren Zuchthausstrafe endete. Diese und andere Zeichen sind so ernst, daß am 1. Advent in Ostberlin eine Synode der Evangelischen Kirche der Union zusammentrat, um über die Haltung zu schwebenden Fragen Klarheit zu schaffen und die Einheit der Union über die Zonengrenze hinweg zu festigen.

Synode der Evangelischen Kirche der Union (EKU)

Der Vorsitzende des Rates, D. Scharf, verurteilte in seinem Tätigkeitsbericht zunächst die Amtsbehinderung von Bischof Dibelius in der Ostzone. Er gab sodann eine Erklärung zur Urteilsbegründung gegen Pfarrer Schmutzler ab, dem u. a. landesverräterische Beziehungen zu Evangelischen Akademien der BRD vorgeworfen wurden, und sagte, die Arbeit dieser Akademien geschehe „ohne politische Voreingenommenheit in freier Diskussion mit allen,